

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

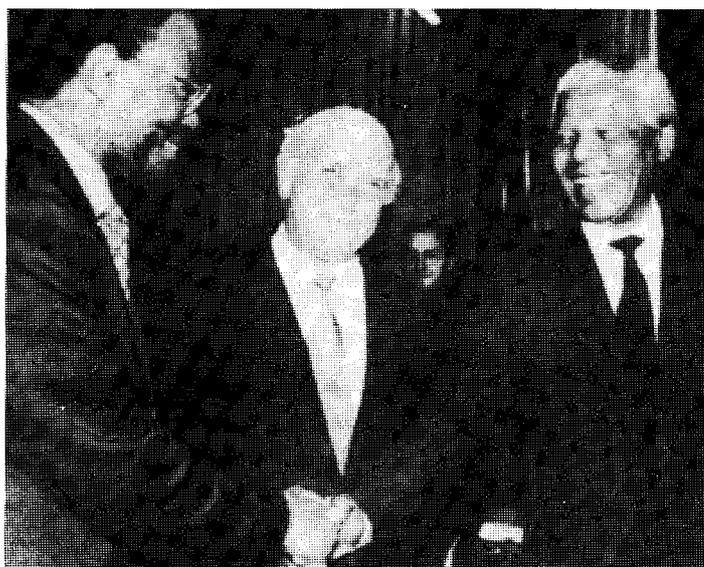


Nr. 113

JUNI/JULI 1994

50 Pfennig

Mandela/ANC: Strohmannen für rassistische Kapitalherrschaft

NEW YORK, N.Y. 10
NY 2 267-1025NEW YORK SPARTACIST LEAGUE
BOX 444 CANAL STREET STATION

Reuters



Mottlala/COSATU

Buthelezi, De Klerk und Mandela gratulieren sich zu den Wahlen. Nationalistische ANC-Volksfront fesselt das schwarze Proletariat an die Bourgeoisie

Am 10. Mai wurde Nelson Mandela, Führer des African National Congress (ANC), als Präsident Südafrikas vereidigt. Erst vor vier Jahren wurde er aus dem Gefängnis entlassen, nachdem ihn das rassistische Regime 27 Jahre lang eingesperrt hatte. Am Vorabend der Vereidigung betrat Mandela das neugewählte multirassische Parlament Arm in Arm mit seinem früheren Gefängniswärter, dem Apartheid-Herrscher F.W. De Klerk. Zu den Feierlichkeiten anlässlich der Amtseinführung strömte ein internationaler Haufen von Berühmtheiten und Würdenträgern, einschließlich Hillary Clinton, Al und Tipper Gore, drei Flugzeugladungen amerikanischer Minister, Kongreßabgeordneter und Senatoren. Anwesend waren 46 amtierende und ehemalige Präsidenten, Premierminister und andere Staats- und Regierungsoberhäupter, mindestens neun Könige, Fürsten und Scheichs und UN-Generalsekretär Boutros-Ghali. Diese Gala der „Neuen Weltordnung“ sollte eine angebliche „Revolution durch Verhandlung“ feiern. Aber in den schrecklich armen schwarzen Slumsiedlungen von Kapstadt bis Johannesburg steht die Revolution noch aus.

Die ersten nationalen multirassischen Wahlen in der Geschichte Südafrikas werden eine Periode von noch nie dagewesenen politischen und sozialen Turbulenzen in diesem Land eröffnen. Die heroischen Kämpfe der schwarzen Massen während der letzten zwei Jahrzehnte zwangen die weiße herrschende Klasse, das starre System der Rassenunterdrückung, bekannt als Apartheid, aufzugeben, in dem es eine Kasernen-„demokratie“ für die privilegierte weiße Minderheit gab und totalitäre Polizeistaatsunterdrückung für die überwältigende nichtweiße Mehrheit. Während der letzten anderthalb Jahrzehnte splitteten unter den Schlägen der Revolte Stücke des Apartheid-Gebäudes ab, schwarze Gewerkschaften wurden legalisiert, die Rassentrennungsgesetze der „kleinen Apartheid“ (die Heirat über die Rassengrenzen hinweg verbot, getrennte Strände und öffentliche Anlagen aufzwang) und der „großen Apartheid“ (die berüchtigten Paßgesetze, das Group Areas Act [Gesetz zur Aufteilung der Bevölkerungsgruppen nach Gebieten] und die Bantustan-„Homelands“) abgeschafft. Aber die
Fortgesetzt auf Seite 15

Für eine bolschewistische Partei!**Freiheit der Schwarzen erfordert sozialistische Revolution**

Unterstützung der Volksfront ist Klassenverrat!



TROTZKI

Wenn das Proletariat, vertreten durch seine Parteien, sein eigenes unabhängiges Programm aufgibt, heißt dies, daß es aufhört, unabhängig als Klasse zu handeln. Und das ist genau die Bedeutung der Volksfront. In der Volksfront verzichtet das Proletariat auf seine Klassenunabhängigkeit, gibt es seine Klassenziele auf – die einzigen Ziele, die, wie der Marxismus lehrt, seinen Interessen dienen. . . Die Volksfront ist deshalb zutiefst und unwiderruflich nicht-proletarisch, antiproletarisch.

Die Volksfront muß so von Natur aus sein. Die Bildung der Volksfront verlangt per definitionem, daß proletarische und nicht-proletarische Parteien sich auf ein gemeinsames Programm einigen. Aber die nicht-proletarischen Parteien können dem proletarischen Programm – dem Programm des revolutionären Sozialismus – nicht zustimmen, ohne aufzuhören, das zu sein, was sie sind. . .

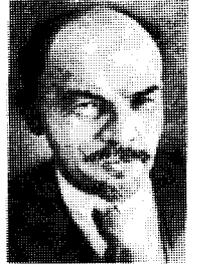
Wenn man das Grundlegende der Volksfront begreift, ist sie die Hauptform einer Vorbereitung der Massen auf die Erlangung der nationalen Einheit in den demokratischen Nationen zur Unterstützung des kommenden Krieges. Unter den Losungen der Volksfront werden die Massen vorwärts marschieren, um für „ihren eigenen Imperialismus“ zu kämpfen. . .

Deshalb ist die Volksfront die zeitgenössische Version des Sozialpatriotismus, die neue Form, in der der Verrat von 1914 wiederholt werden soll. [Hervorhebung im Original]

James Burnham, *The People's Front: The New Betrayal* (1937)

Die auf dem 7. und zugleich letzten Weltkongreß der Komintern 1935 beschlossene Politik der Volksfront – politische Blöcke mit bürgerlichen Kräften zu bilden – bedeutete im spanischen Bürgerkrieg: Zur Verteidigung des bürgerlichen Eigentums und Staatsapparats entwaffnete das republikanische Volksfrontregime die revolutionären Massen und entriß ihnen die besetzten Fabriken und Ländereien; dies sicherte dem Franco-Faschismus den Sieg. So wie wir Spartakisten heute vor der Gefahr einer ähnlichen Katastrophe in Südafrika warnen, kämpfte Trotzki gegen die Volksfrontpolitik aller übrigen linken Organisationen, für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht.

Ein Zitat ist von James Burnham, der 1934 zum amerikanischen Trotzkiismus gewonnen wurde. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 schwor er der Verteidigung der Sowjetunion ab und brach mit der damals trotzkistischen Socialist Workers Party, um schließlich in den 50er Jahren dem „eigenen Imperialismus“ unter der McCarthy-Hexenjagd zu dienen.



LENIN

Die Volksfronttheoretiker gehen im wesentlichen über die Anfangsgründe der Arithmetik, nämlich die Addition, nicht hinaus: Die Summe von „Kommunisten“, Sozialisten, Anarchisten und Liberalen ist größer als jeder Teil für sich. Das ist ihre ganze Weisheit. Allein, die Arithmetik reicht in diesem Fall nicht aus. Es bedarf mindestens der Mechanik: Das Gesetz des Parallelogramms der Kräfte ist auch in der Politik gültig. Die Resultante pflegt bekanntlich umso kürzer zu sein, je stärker die zusammenwirkenden Kräfte unter sich auseinanderstreben. Ziehen die politischen Verbündeten nach entgegengesetzten Richtungen, so kann die Resultante gleich Null sein.

Ein Block verschiedener politischer Gruppen der Arbeiterklasse pflegt zur Lösung gemeinsamer praktischer Aufgaben ganz unerlässlich zu sein. Unter gewissen historischen Umständen ist ein solcher Block imstande, auf die unterdrückten kleinbürgerlichen Massen, deren Interessen denen des Proletariats verwandt sind, anziehend zu wirken. Die Gesamtkraft eines derartigen Blocks kann viel größer sein als die Kraft jedes seiner Bestandteile. Hingegen ist ein politisches Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie, deren Interessen in der heutigen Epoche in den Grundfragen um 180 Grad auseinanderklaffen, in der Regel nur imstande, die revolutionäre Kraft des Proletariats zu paralisieren.

Leo Trotzki, „Die spanische Lehre: Eine letzte Warnung“
17. Dezember 1937

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endrueit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes,
Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030) 4 43 94 02
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 113

Juni/Juli 1994

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 - Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 - Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
- alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 113

Bestellt bei:
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 10060

Verteidigt Günter...

Fortsetzung von Seite 3

von Unterlagen der Gauck-Behörde, die zum Heiligen Offizium der „demokratischen“ Anti-Stasi-Inquisition geworden ist, feuerte ihn sein Boss im letzten November fristlos. Daraufhin ging Weinreich vor Gericht und forderte, daß diese ungesetzliche politische Kündigung zurückgenommen wird.

Das KfsV rief zu einer Demonstration am 26. April, dem Verhandlungstermin, vor dem Gerichtsgebäude auf und erklärte: „Günter, wie Zehntausende Wissenschaftler, Lehrer, Angestellte und Arbeiter, ist ein Opfer der antikomunistischen Hexenjagd, die alles kriminalisieren will, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert.“ Unterstützerbriefe kamen vom prominenten ostdeutschen Maler Willi Sitte, vom bekannten Historiker Jürgen Kuczynski, von den Biochemie-Professoren I. und S. Rapoport, von Karl Kielhorn, Mitglied des Präsidiums der Lagergemeinschaft Dachau e.V., und von Atiye Ekşi, Mutter von Mete Ekşi, einem Berliner türkischen Jugendlichen, der 1992 von Faschisten ermordet wurde. Aber die Lokalpresse und die Behörden reagierten hysterisch. Einen Vorgeschmack auf seine Reaktion zum Prozeß gab das *Hallesche Tageblatt* (21. April) mit der Überschrift: „Spartakisten rufen zur ‚Stasi-Demo‘“. Am Prozeßtag versammelten sich die Demonstranten vor dem Gericht, und Günter verlas eine Erklärung. Ihre Losungen waren unter anderem: „Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, ihr Ausverkauf war es!“ und „Bourgeoisie von Auschwitz: Hände weg von Markus Wolf!“ Trotz des Klimas von Angst nahmen einige Freunde und frühere Kollegen an der Verhandlung teil und zeigten ihre Solidarität mit Günter. Der Prozeß dauerte nur 15 Minuten, konzentriert auf die juristischen Formfehler der Kündigung. Trotz der Tatsache, daß Weinreich offen erklärt hatte, als Agraringenieur und als Statistiker die Staatssicherheit mit Informationen zur Verteidigung der DDR-Wirtschaft versorgt zu haben – zudem in einer Zeit, als die Imperialisten mit der „Nahrungsmittel-Waffe“ drohten –, unterstützte die Richterin die staatliche Behauptung, daß er eine Stasi-Verbindung verschwiegen habe.

Trotz der Tatsache, daß der Urteilsspruch erst am nächsten Tag verkündet werden sollte, hielt dies die Medien nicht davon ab, ihren eigenen Urteilsspruch zu verkünden. Die Abendnachrichten des Regionalfernsehens erklärten, daß die Richterin „die Klage auf Wiedereinstellung abgewiesen hat“. Am nächsten Morgen hatte die Lokalpresse ihren großen Tag mit der Verbreitung von „Stasi“-Hysterie. Die *Mitteldeutsche Zeitung* (27. April) brachte die Schlagzeile „Gauck-Akte gab den Anstoß“ mit dem Untertitel „Stasi-Verstrickung verschwiegen – Polizei vor dem Gerichtssaal“. Das *Hallesche Tageblatt* kündigte auf der ersten Seite mit der

Schlagzeile „Trotz-Spartakistenrummel – keine Chance für ‚Günter‘“ einen längeren Artikel im Innenteil an, der die Überschrift hatte: „Klare Entscheidung gegen Stasi-Spitzel Günter Weinreich“, sowie einen Kommentar, der die Kündigung rechtfertigte: „Sonst kommen sie wieder“. Dieser beklagte sich: „So borniert wie die Spartakist-Partei gibt sich nicht einmal die PDS“. Die PDS hat es oft abgelehnt, ihre Mitglieder, die wegen Stasi-Aktivitäten angeklagt wurden, zu verteidigen, und hat sogar ihre Kassierer und ihre Kasse an die kapitalistischen Herrscher ausgeliefert.

Obwohl die „großzügigen“ Medien-Hexenjäger so sicher waren, lautete der offizielle Urteilsspruch, daß zwar Günters Wiedereinstellung abgelehnt wird, aber seine Kündigung „nicht das Arbeitsverhältnis aufgelöst hat“, weil die Bosse mit ihrer eigenmächtigen Aktion nicht die Rechtsnormen befolgt haben. Das Komitee für soziale Verteidigung gab eine Presseerklärung heraus: „Arbeitsgericht entscheidet: Kündigung unwirksam – Hexenjagd wird Günter Weinreich nicht zum Schweigen bringen!“ Die KfsV-Erklärung beschrieb die gehässige Rolle der „bürgerliche[n] Presse als Instrument der Bonner Gauck-Behörde“, die „angesichts der verheerenden Folgen des kapitalistischen Anschlusses jede Opposition und jeden, der sich dagegen behauptet, zum Schweigen bringt“. Nach der Verhandlung dankte Günter seinen Unterstützern und sagte: „Sie alle verstanden, daß ich nicht nur für meinen Arbeitsplatz kämpfe, sondern für all jene, die das rachsüchtige Vierte Reich jetzt zerstören will, weil sie bewußt zur Verteidigung der DDR standen.“

In dieser ungeklärten Situation, ohne rechtmäßige Kündigung und ohne Wiedereinstellung, ging Weinreich am übernächsten Tag zu seiner Arbeit zurück. Das versetzte den Direktor in Panik, und nach einer halben Stunde telefonischer Rücksprache mit dem Innenministerium in Magdeburg teilte er Günter mit, daß seine weitere Mitarbeit unmöglich sei. Außerdem war er von den Protestbriefen gegen die Hexenjagd so aufgebracht, daß er drohte, dieses Material dem Verfassungsschutz zu übergeben! Zum Schluß der „Diskussion“ wurde Weinreich verboten, das Haus noch einmal zu betreten, sonst würde er wegen „Hausfriedensbruch“ angeklagt. Danach hat er ein neues Kündigungsschreiben erhalten, so daß er jetzt eine weitere Klage gegen seine erneute Kündigung einlegen muß.

Die politische Verfolgung von Günter Weinreich wegen seiner Verteidigung der DDR und seiner Unterstützung für die Spartakist-Arbeiterpartei ist eine Bedrohung für alle Arbeiter. Die SpAD und das KfsV werden unseren Genossen weiter verteidigen und alle Gewerkschafter und Verteidiger von demokratischen Rechten auffordern, sich uns anzuschließen. Protesterkklärungen können geschickt werden an: Komitee für soziale Verteidigung, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin. ■

Halle: PDS verteidigt Naziführer

Am 6. Juni fand eine Wahlveranstaltung mit 17 Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten in Halle statt. Wiederum stellte die PDS ihre Zugehörigkeit zur rassistischen Allparteienkoalition unter Beweis, denn außer ihr und CDU, SPD und Grünen saßen auf dem gleichen Podium NPD- und Republikaner-Nazis, die ihr rassistisches Völkermord-Programm verbreiteten.

Als eine Gruppe antifaschistischer Jugendlichen den NPD-Führer Günter Deckert mit Rufen wie „Nazis Raus“ am Reden hindern wollte, rief der Versammlungsleiter die Bullen. Daraufhin begannen die Antifaschisten, das Podium zu stürmen. Nur durch einen brutalen Polizeieinsatz konnten die Jugendlichen daran ge-

hindert werden; 16 Antifaschisten wurden verhaftet.

Unterstützt wurden die Bullen von Angelika Klein (PDS), die in einem Leserbrief in der *Mitteldeutschen Zeitung* vom 9. Juni schrieb: „Aber es waren mit mir nur drei der Anwesenden, die versuchten, die Jugendlichen an Gewaltausschreitungen zu hindern. Die anderen hofften auf die Polizei.“ Hier zeigte sich wieder die Vorreiterrolle der PDS, Nazis salonfähig zu machen. Sie biedert sich dem Vierten Reich an, um antifaschistische Aktionen besser zu unterbinden. In Dresden kungelte die PDS-Führerin Ostrowski mit Nazi-Meier, jetzt übernimmt die PDS in Halle den Schutz für Faschisten und unterstützt die rassistische Polizei gegen Antifaschisten.

US-Radio zensiert Gefangenen in der Todeszelle Laßt Mumia Abu-Jamal zu Wort kommen!

Angesichts einer üblen Hetzkampagne, die von Philadelphias Polizei gestartet worden war, strich Amerikas National Public Radio eine Reihe mit Kommentaren von Mumia Abu-Jamal, einem der führenden schwarzen Journalisten Amerikas und dem einzigen politischen Gefangenen in der Todeszelle, aus dem Programm. Für die „legalen“ Lynchmörder, schießwütigen Bullen und Politiker, die die rassistische Todesstrafe durchzusetzen versuchen, war es unvorstellbar, die Öffentlichkeit Jamals machtvolle Stimme hören zu lassen. Die scharfen Anklagen von Mumia Abu-Jamal – bekannt als „die Stimme der Entrechteten“ – aus seiner Zelle im Todestrakt von Pennsylvania gegen all die rassistische Heuchelei und Ungerechtigkeit dieses Systems würde tief in den Herzen und Köpfen der Menschen in ganz Amerika Anklang finden. Genau deshalb schaltete NPR Mumia

auf freie Meinungsäußerung.“

Gegen Jamal, ein ehemaliger Sprecher der Black Panther Party, Unterstützer der radikalen Schwarzen-Organisation MOVE in Philadelphia und preisgekrönter Journalist, der zur Zeit seiner Verhaftung Präsident der Philadelphia-Ortsgruppe der Association of Black Journalists war, wurden 1982 erfundene Anklagen erhoben, er hätte einen Polizeioffizier von Philadelphia getötet. Jamal schrieb in einer Kolumne mit der Überschrift „Cancellation of the Constitution“ (Streichung der Verfassung), es sei vielleicht ironisch, daß diese Kampagne am 13. Mai anfangt: „Denn es waren bis auf den Tag genau neun Jahre seit dem Massaker an MOVE, wo am Muttertag 1985 mindestens elf Babies, Frauen und Männer der MOVE in West-Philadelphia getötet wurden durch einen Luftangriff auf das Haus von

SPEAK OUT FOR JAMAL!

A Life and Death Issue of Free Speech!

Hosted by

Ossie Davis

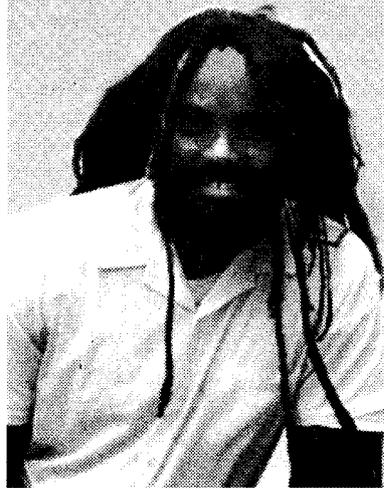
Other featured participants include:
Wadiya Abu-Jamal and Len Weinglass

Friday, June 3, 7:00 p.m.

**Ethical Culture Society
2 West 64th St., New York City**

For more information call the
Partisan Defense Committee: (212) 406-4252

**Save Black Journalist on Death Row!
Abolish the Racist Death Penalty!**



Aufruf zur Protest-Lesung in Verteidigung von Mumia Abu-Jamal am 3. Juni in New York fordert: „Rettet schwarzen Journalisten aus der Todeszelle! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ Seine Freiheit der Meinungsäußerung ist eine Frage von Leben und Tod!

ab, und genau deshalb muß diese rassistische Zensur zer-
schlagt werden!

Am 3. Juni veranstalteten das Committee to Save Mumia Abu-Jamal (Komitee zur Rettung von Mumia Abu-Jamal) und das Partisan Defense Committee (mit der Spartacist League/U.S. brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation) in New York City ein „Speak out for Mumia Abu-Jamal“ (Protest-Lesung für Mumia Abu-Jamal) zu dieser Frage von Freiheit der Meinungsäußerung, die buchstäblich Leben und Tod bedeutet. Mit dem bekannten schwarzen Schauspieler und Bürgerrechtsaktivisten Ossie Davis als Gastgeber wurden Auszüge aus Jamals journalistischer Arbeit vorgetragen, von dem Mann und mit der Botschaft, die zu hören National „Public“ Radio der Öffentlichkeit verbietet. Sein Fall und sein Anliegen wurden von seiner Frau Wadiya Abu-Jamal und seinem Hauptanwalt Leonard Weinglass in bewegenden Reden dargestellt.

Nachdem Jamal von der Streichung seiner Kommentare aus dem Programm von NPR gehört hatte, erklärte er: „Dies ist nur ein weiteres Beispiel dafür, daß mir meine verfassungsmäßigen Rechte vorenthalten werden, wie es seit dem 9. Dezember 1981 der Fall ist. Das Recht auf Selbstdarstellung, das Recht auf einen Anwalt meiner eigenen Wahl, das Recht auf einen fairen Prozeß, das Recht auf faire und unparteiische Geschworene und jetzt das Recht

MOVE. Die Phila.-Polizei beschloß und tötete flüchtende Frauen und Kinder von MOVE, trieb andere zurück ins brennende Gebäude und sah zu, als mehrere Wohnblocks in West-Philadelphia von den Flammen verzehrt wurden.“

Jamals Kampf, seine Verurteilung aufzuheben, hat in aller Welt Unterstützer gefunden. Über 40 000 Menschen haben Petitionen an Gouverneur Casey von Pennsylvania unterzeichnet, und Gewerkschaften, die für Millionen weitere stehen, haben ebenfalls gefordert, daß Jamal nicht hingerichtet wird. Zu seinen Unterstützern gehören Ossie Davis, Mike Farrell, der Kongreßabgeordnete Ron Dellums, der Vertreter von Pennsylvania im Repräsentantenhaus David Richardson, Ed Asner, Harry Belafonte, Whoopi Goldberg und Percy Sutton.

PDC-Anwältin Rachel Wolkenstein sagte: „Gegen die Zensur von Jamal durch NPR muß sich Protest erheben. Die Handlung von NPR verleugnet Jamals hervorragende Qualifikationen als Journalist, aber, was noch wichtiger ist, sie beraubt ihn seiner menschlichen Existenz. Dies ist eine Frage von Leben und Tod für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Sie sagen, daß die Öffentlichkeit, weil Jamal in der Todeszelle sitzt, heute nicht hören wird, was er zu sagen hat, um es leichter zu machen, ihn morgen hinzurichten. Schwarze, Latinos, Arbeiter, alle, die gegen die Todesstrafe sind, müssen fordern: „Laßt Mumia sprechen!“ ■

Deutsches Reich will den Balkan wieder beherrschen Verteidigt Serbien gegen Imperialisten! UNO/NATO raus aus dem Balkan!

Jetzt versuchen die Imperialisten erneut ein Abkommen zusammenzuschustern, mit dem die Balkankriege noch blutiger als bisher gemacht werden. Der jüngste Vorschlag (verbunden mit der ständigen Drohung, wieder serbische Stellungen zu bombardieren) ist ein „vereinigter“ kroatisch-moslemischer Staat in Bosnien, angeschlossen an ein von Deutschland dominiertes „Großkroatien“, gegen die serbischen Minderheiten. Dieser Plan ist eine unglaubliche Provokation, die die Grundlage für Massaker und massenhafte Zwangsumsiedlungen legen würde.

Genau diesem Szenario entspricht die neu proklamierte „Föderation Bosnien-Herzegowina“, die bislang noch keine umrissenen Grenzen hat. Der von den amerikanischen und deutschen Imperialisten in den Sattel gehobene bosnische Armeeführer Rasim Delic brachte diesen letzten Plan mit der Drohung auf den Punkt, „daß wir nur über soviel Territorium verfügen werden, wie wir von den Serben mit Waffengewalt zurückholen können“ (*Junge Welt*, 2. Juni).

Während wir gegen *alle Seiten* in dem brudermörderischen Bürgerkrieg zwischen den Serben, Kroaten und slawischen Moslems stehen, rufen wir die Werktätigen auf, Serbien gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen. Die nationalistischen Greuelthaten, die von allen Seiten in Bosnien begangen wurden, verblassen im Vergleich mit den Verbrechen der westlichen Imperialisten. Die Balkankriege von 1912/13 waren der Auftakt für den ersten imperialistischen Weltkrieg, in dem Millionen von Werktätigen abgeschlachtet wurden. Die USA, die Gerede von „Demokratie“ verströmen, sind verantwortlich für die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, für die Flächenbombardements von Vietnam und den Bombenterror gegen den Irak. Und das deutsche Vierte Reich, das scheinheilig die „ethnischen Säuberungen“ Serbiens verurteilt, ist der selbsterklärte Nachfolgestaat des Naziregimes, das Millionen von Slawen, Juden sowie Roma ermordet hat.

Imperialisten, Hände weg von Serbien – Nieder mit der Hungerblockade! Alle US/UNO/NATO-Kräfte raus aus dem Balkan, jetzt!

Westlicher Imperialismus steht hinter dem Blutbad auf dem Balkan

Die westliche Propaganda gibt der serbischen „Aggression“ und den „uralten Stammesfehden“ die Schuld an dem

Krieg auf dem Balkan. In Wirklichkeit liegen die Ursachen für diese Orgie von mörderischem Nationalismus in der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa, vorbereitet durch Jahrzehnte von bürokratisch-nationalistischer stalinistischer Mißherrschaft und organisiert durch Deutschland und die anderen NATO-Mächte. Da die imperialistischen Mächte unterschiedliche Politik verfolgen, haben sie in Jugoslawien weder vereint noch entschlossen interveniert.

In den ethnisch-nationalistischen Kriegen, die durch die Abspaltung von Kroatien und Slowenien im Sommer 1991 ausgelöst wurden, sind Zehntausende getötet und verstümmelt worden und Hunderttausende aus ihren Häusern vertrieben. Alle Seiten berufen sich auf die reaktionärsten „Traditionen“, wobei die Kroaten zurückgreifen auf das die Nazis im Zweiten Weltkrieg unterstützende Ustascha-Regime, die Serben die monarchistischen Tschetniks glorifizieren und die Moslems das grüne Banner des islamischen Fundamentalismus entfalten. Jetzt hat Kroatien sogar die Währung Kuna des Ustascha-Regimes eingeführt. Dies waren genau die Kräfte, die von Titos kommunistischen Partisanen besiegt wurden, als sie die deutsche Wehrmacht schlugen und einen multinationalen jugoslawischen Arbeiterstaat errichteten, wenn auch bürokratisch deformiert.

Aber die nationalistischen Schakale, die sich alle um die Beute Jugoslawien reißen, sind nicht die einzigen Kräfte, die für das kommunalistische Blutbad verantwortlich sind. Hinter ihnen stehen imperialistische Mächte, die verstärkt ihre eigenen, besonderen Interessen vorantreiben, weil wirtschaftliche Rivalitäten zum Vorschein kommen, die vorher durch den gemeinsamen Antisowjetismus verdeckt gewesen sind. Deutschland ist am direktesten verantwortlich für die Zerstörung des titostischen Jugoslawiens. Nachdem das deutsche Kapital Ostdeutschland 1990 vom zerrütteten stalinistischen Regime der UdSSR übernommen hatte, verfolgt es wichtige wirtschaftliche Interessen auf der Balkan-Halbinsel, wo strategische Bodenschätze gewonnen werden – Chrom, Zink, Blei, Kupfer, Bauxit, Silber.

Ende 1991 überrollte Deutschland die Europäische Gemeinschaft und erzwang die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien, gegen die Einwände von Britannien und Frankreich, die zwischen den Weltkriegen Verbündete von Serbien waren. Die Errichtung eines nationalistischen kroatischen Staates provozierte eine Revolte der großen serbischen Minorität, gestützt durch die von den Serben dominierte jugoslawische Bundesarmee. Der Krieg wurde in Ostkroatien beendet – oder genauer, war zeitweise unterbrochen –, als die Serben 30 Prozent des Territoriums der früheren jugoslawischen Republik Kroatien kontrollierten, ein Gebiet, das jetzt wieder Republik der serbischen Krajina genannt wird.

Dann folgte das dreiseitige kommunalistische Abschlichten in Bosnien zwischen slawischen Moslems, Serben und Kroaten. Die Serben in Bosnien sind überwiegend Bauern und besitzen 65 Prozent des Landes der Republik, obwohl sie nur ein Drittel ihrer Bevölkerung ausmachen. Die Moslems, etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung, sind im wesentlichen ein städtischer Bevölkerungsteil. Als die Kämpfe begannen, gewannen die Serben folglich die Kontrolle über den größten Teil des ländlichen Gebietes und

Spartacist-Broschüre

How the Soviet Workers State Was Strangled

Broschüre über Jelzins Gegenputsch, die Konterrevolution und das trotzkistische Programm, sie zu bekämpfen. Mit Polemiken gegen die „Linken“ und die stalinistischen Überreste.

64 Seiten, 3,- DM
(in englischer Sprache)

Bestellt bei: SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 11988-601, BLZ 50010060





Wonge Bergmann

Kohl und Jelzin brachten russische Intervention ins Rollen, um Serbien für imperialistische Teilung Jugoslawiens auf Linie zu bringen. Bosnische Serben empfangen russische Truppen mit reaktionärem orthodox-christlichem Gruß



AP

belagerten die Städte, wo die Moslems konzentriert waren.

Das *Wall Street Journal* (21. April) brachte das grundlegende Dilemma, dem sich der westliche Imperialismus gegenüber sieht, in seiner Überschrift auf den Punkt: „Die Serben wetten darauf, daß der Westen nicht das riskieren würde, was sie fürchten: Bodentruppen“. In Bonn arbeitet die Kohl-Regierung hart daran, „verfassungsmäßige“ Hindernisse zu überwinden, um die deutsche Armee als „Friedenstruppe“ hinzuschicken. Aber Deutschland hat ein anderes Problem. Solch eine Aktion würde eine heftige Antwort von jenen Völkern provozieren, die unter den Nazis gelitten haben, als diese die südslawischen Länder verwüsteten. Es würde mit Sicherheit antideutsche Stimmungen in Griechenland anheizen, das die Serben unterstützt. Darüber hinaus würde eine deutsche Armee auf dem Balkan ein Beben in ganz Europa bewirken – in Ost und West.

Anders als Deutschland haben die USA kein eigenes Interesse daran, wie Bosnien und die anderen früheren jugoslawischen Republiken aufgeteilt werden zwischen den sich bekämpfenden nationalistischen Seiten auf dem Balkan. Ursprünglich war Washington bestrebt, die Restauration des Kapitalismus in der Region zustandezubringen und gleichzeitig einen jugoslawischen Bundesstaat zu erhalten. Nachdem diese Pläne durch das Vierte Reich torpediert worden waren, hatten die USA keine eindeutige Balkanpolitik mehr. Jedoch ist der serbische Widerstand gegen die Diktate der westlichen Imperialisten, ihre offene Mißachtung von UN-Resolutionen und NATO-Drohungen ein Affront gegen die amerikanischen Mächtigen-Herrscher der Welt. Einige in der herrschenden Klasse der USA brennen darauf, den Serben eine blutige Lektion zu erteilen.

Aber die USA haben ihre eigenen Zwänge – an der Heimatfront. Die noch immer bestehende Wirkung des „Vietnam-Syndroms“ wurde kürzlich in Somalia offengelegt und wieder verstärkt. Die Truppen der USA, die angeblich zu einer „humanitären“ Mission geschickt worden waren, um zu helfen, die hungernden Menschen in diesem ostafrikanischen Land mit Nahrung zu versorgen, waren tatsächlich auf einem kolonialen Feldzug, bei dem Hunderte von schwarzen Afrikanern massakriert wurden. Aber als somalische Clan-Führer es schafften, den Spieß umzudrehen, und

ein paar Dutzend US-Soldaten töteten, war die überwiegende Antwort der amerikanischen Öffentlichkeit: Zieht die US-Truppen ab, jetzt!

Ängstlich darauf bedacht, *jeden* Verlust auf dem Balkan zu vermeiden, ist es die Politik der herrschenden Kreise der USA, die Moslems und Kroaten gegen die Serben zu bewaffnen und aufzuhetzen. Dies drückte besonders offen und zynisch der liberale Senator der Demokraten Joseph Biden aus: „Die bosnischen Moslems und die bosnischen Kroaten sind vollständig in der Lage, für sich selbst zu kämpfen. Es gibt keinen Grund, eine Vietnam-Situation zu schaffen. Es gibt nicht die Notwendigkeit, einen einzigen amerikanischen Soldaten einzusetzen. Wir sollten sie mit Waffen ausrüsten und sie gegen die Serben kämpfen lassen.“ (*New York Times*, 18. April)

Mit anderen Worten, der US-Imperialismus ist bereit, die Serben bis zum letzten Tropfen Blut der Kroaten und Moslems zu bekämpfen!

Rußland: Sanfter Bulle für die NATO-Mächte

Rußland hat diese Bühne betreten, der historische Schirmherr seiner serbischen „kleinen slawischen Brüder“. Zum Teil, um die massenhafte Unzufriedenheit über die ökonomischen Zerstörungen zu Hause umzulenken, sah das Jelzin-Regime – vollständig unterstützt von der nationalistischen Opposition, die von dem faschistischen Demagogen Wladimir Shirinowski geführt wird – in der Balkan-Krise eine großartige Gelegenheit, sich als „Großmacht“ darzustellen. Moskaus stellvertretender Außenminister und Chefgesandter auf dem Balkan, Witali Tschurkin, erklärte: „Der Westen sollte von der gegenwärtigen Bosnien-Krise eine Lektion lernen. Die Lektion ist, daß Rußland als gleichberechtigter Partner behandelt werden sollte“ (*Economist*, 26. Februar).

Aber dies steht nicht im Gegensatz dazu, gemeinsam mit den westlichen Mächten zu handeln. Wir bemerkten in „Bosnia: Powder Keg of Europe“ [Bosnien: Pulverfaß für Europa] (*Workers Vanguard* Nr. 595, 4. März), daß die Russen intervenierten, um zu helfen, einen deutschen Plan umzusetzen, der ein Großkroatien vorsieht, das sich mit

Fortgesetzt auf Seite 8

Balkan...

Fortsetzung von Seite 7

dem Gebiet eines Großserbien überschneidet. Die kroatischen und moslemischen Gebiete in Bosnien würden an Kroatien angegliedert werden. Serben aus der Krajina würden ihren Ministaat auflösen und die Souveränität der kroatischen Regierung anerkennen. Im Gegenzug würde es den bosnischen Serben, mit einem verkleinerten Territorium, erlaubt sein, sich Serbien anzuschließen. Die Rolle, die Moskau dabei spielte, diesen Handel umzusetzen, war es, die Serben zu trösten, z. B. indem es den Serben aus der Krajina versprach, daß die Russen sie gegen das faschistoide kroatische Regime von Franjo Tudjman beschützen würden.

Als einige hundert russische Soldaten unter den blauen Helmen der UN-„Friedenstruppen“ Mitte Februar die Umgebung von Sarajevo erreichten, wurden sie von den belagernden bosnischen serbischen Kräfte willkommen geheißen, die sie als Beschützer gegen die drohenden NATO-Luftangriffe ansahen. Wir zitierten in unserem früheren Artikel einen Kommentar des *Wall Street Journal* (22. Februar), in dem darüber geklagt wird, daß die Zusammenarbeit zwischen Rußland und den USA zu Bosnien „mehr wie eine Konfrontation aussah“ statt wie eine „Kooperation“. In der Tat, das Weiße Haus von Clinton war am Anfang verärgert über Moskaus Schritt. Aber der Zweck der russischen Intervention war es, ein UN-Ultimatum an die Serben durchzusetzen, sich von Sarajevo zurückzuziehen, und Moskau unterstützte die USA, als diese Ende Februar vier serbische Flugzeuge abschoß. Wie wir in der letzten Ausgabe (*Spartakist* Nr. 112, Mai 1994) schrieben: „Die inzwischen kapitalistische russische Armee handelt dabei als Strohhalm und Handlanger für Bonns Plan, durch Druck auf Serbien eine imperialistische Aufteilung von Ex-Jugoslawien zu erzwingen.“

In einer Rede auf einer CDU-Konferenz prahlte Kanzler Kohl mit seiner engen Zusammenarbeit mit dem russischen Führer: „Ich möchte ganz klar sagen, daß ich glücklich darüber bin, daß mit Boris Jelzin und der russischen Regierung eine neue Macht nun ihre Verantwortung übernimmt.“ Der russische Abgesandte Witali Tschurkin hob hervor, daß sie zusammenarbeiten, um ihre jeweilige Klientel auf Linie zu bringen: „Einige von uns haben bevorzugte Kontakte: die Amerikaner mit den Moslems, die Deutschen mit den Kroaten und wir mit den Serben. Wir versuchen, sie für das Allgemeinwohl zu nutzen“ (*Libération*, 23. Februar). Die Möglichkeit einer sich entwickelnden Allianz unterstreichend, hat Jelzin jetzt in einem Interview mit dem *Spiegel* (25. April) *deutsche Truppen* in die Ex-UdSSR eingeladen, indem er zu einem Einsatz „der deutschen Armee mit den UNO-Friedenskräften“ aufforderte, um dort „eine wichtige und hehre Mission“ durchzuführen.

Es hat nicht lange gedauert, bis die serbischen Nationalisten das Doppelspiel durchschauten, das von ihren slawischen „großen Brüdern“ gespielt wurde. In einer Analyse der UNO über die Situation in Bosnien wird berichtet, daß die Serben „jeden gewinnen sehen, außer sich selbst, zusehen, wie die Russen sich auf die Seite der Vereinigten Staa-

ten stellen und gegen sie, verstärkt diplomatischen und militärischen Druck spüren“.

Zur gleichen Zeit setzt der von den Deutschen organisierte Handel zwischen den Kroaten und den Moslems, die sich gegenseitig bekämpft hatten, moslemische Kräfte frei, um eine Offensive gegen die Serben zu starten. Als die Moslems sich Anfang April weigerten, ihre Offensive gegen das von Serben gehaltene Territorium in Zentralbosnien zu stoppen, antworteten die Serben mit verstärkten Angriffen auf Gorazde, was zur letzten Kraftprobe mit den NATO-Kräften führte.

Die kriegerische Antwort der Serben verärgerte Moskau. Tschurkin wettete: „Die bosnischen Serben müssen bestehen, daß sie, wenn sie mit Rußland verhandeln, mit einer Großmacht verhandeln und nicht mit einer Bananenrepublik.“ Jelzin selbst erklärte: „Die bosnischen Serben müssen die Versprechungen, die sie Rußland gegeben haben, erfüllen, die Angriffe stoppen und sich von Gorazde zurückziehen ... den UN-Kräften die Möglichkeit geben, in dieses Gebiet einzumarschieren und das UN-Personal in Bosnien und Herzegowina nicht behindern.“ Clinton lobte Jelzins Haltung als „sehr hilfreich“. Die russischen Arbeiter müssen der panslawistischen Demagogie von Jelzin und Shirinowski entgegnetreten und fordern: Russische Truppen raus aus dem Balkan, jetzt!

Obwohl wir Serbien gegen imperialistische Angriffe verteidigen, behalten wir eine Position des revolutionären Defätismus gegenüber allen drei Seiten in dem nationalistischen Bürgerkrieg, der das frühere Jugoslawien zerstört. Eine entscheidende militärische Intervention gegen die Serben durch die eine oder andere imperialistische Macht würde jedoch den Charakter des Krieges verändern, ihr die kroatischen und moslemischen nationalistischen Kräfte unterordnen und die Notwendigkeit einer revolutionären Verteidigung der Serben bedeuten. In jedem Fall rufen wir die Arbeiter auf, sich zusammenzuschließen, um ihre kapitalistischen Herrscher zu stürzen – in Milosevic' Serbien genauso wie in Tudjman's Kroatien und in Izetbegovic' Ministaat – im Kampf für eine sozialistische Föderation auf dem Balkan.

Wichtige Sektionen der amerikanischen herrschenden Klasse schauen jetzt auf die Bosnienkrise als einen Test für ihre Fähigkeit, die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges zu kontrollieren, mitten in der Zerstörung und dem Aufruhr infolge der Konterrevolution im ehemaligen sowjetischen Block und der steigenden Rivalität gegenüber dem deutschen und dem japanischen Imperialismus. Diese Sichtweise wurde in einem Leitartikel in der *Los Angeles Times* (20. April) klar ausgedrückt: „Der Balkankrieg ist kein isolierter Ausnahmefall von der Regel, sondern im kleinen Maßstab ein Modell für die im großen Maßstab auf uns zukommenden Sicherheitsprobleme. Wenn dies so stimmt, dann können die größten Mächte, wenn sie dies entscheiden, sich selbst genauso wie die Serben in eine neue Weltordnung einführen.“

Die „neue Weltordnung“ – ausgerufen von Washington, als es sein Terror-Bombardement gegen den Irak im Golfkrieg durchführte – ist eine Formel für die verstärkte Dominierung und Ausbeutung der arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt durch den US-Imperialismus. Wenn die NATO-Angriffe auf die Serben in Bosnien Erfolg haben, wird dies die US-Herrscher anstacheln, die Kriegsmaschine des Pentagons von Südamerika bis Südafrika, von Osteuropa bis Ostasien loszulassen. Aber schwere Bombardierungen gegen die Serben könnten zur Folge haben, daß imperialistische Truppen auf dem Boden kämpfen, daß NATO-Kräfte in einen sich immer weiter ausdehnenden Balkankrieg hineingezogen werden. USA/UNO/NATO raus aus dem Balkan!

Nach *Workers Vanguard* Nr. 599, 29. April

Spartakist-Schulungsreihe

16. Juni: Die Russische Revolution

Lektüre: Trotzki, *Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag*

30. Juni: Die verratene bolschewistische Revolution

Lektüre: Trotzki, *Verratene Revolution*, Kapitel 3, 5, 9, 11

Jeden zweiten Donnerstag, 18.30 Uhr, Linkstreif
Weddingstraße 6, 13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)



Unheilige Allianz von Regierung, SPD und Linke Bonns rassistische Drogenhetze

Sozialdemokraten und Grüne feiern das „Hasch-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts (BVG) als „eine Wende in der Drogenpolitik“ in Richtung Entkriminalisierung. Ende April nämlich entschied das BVG, es sei möglich, bei geringen Mengen von Cannabis von der Strafverfolgung abzusehen. Der SPD-dominierte nordrhein-westfälische Landtag stimmte danach für die Möglichkeit der Nichtverfolgung kleiner Mengen auch von Heroin und Kokain und rührt seitdem lärmend die Trommel für seine „liberale“ Drogenpolitik. Aber, wie NRW-Justizminister Krumsiek betonte: „Von einer auch nur partiellen ‚Freigabe‘, von einer ‚Herabstufung‘ oder gar ‚Legalisierung‘ kann daher keine Rede sein“ (*Die Zeit*, 27. Mai).

Nach den Karlsruher und Düsseldorfer Entscheidungen sind nach wie vor *alle* Drogen *noch* illegal; das BVG sagte nur, eine „geringe Menge“ *kann* straffrei bleiben. Aber wie gering das ist, und wovon, weiß keiner. Zwischen Bayern und Kiel schwankt sie bei Hasch zwischen 5 und 30 Gramm. Nach wie vor wird man in fast allen Ländern auch nur für einen Joint vor Gericht zitiert. Wer auch nur diesen Joint *verschenkt*, kann sich in Deutschland für 15 Jahre im Knast wiederfinden.

Denn auf jeden Fall entscheidet der Staatsanwalt, wer wegen „öffentlichen Interesses“ dort landet, egal ob wegen „weicher“ oder „harter“ Drogen. *Die* Leute, die der Staat auf dem Kieker hat, verknackt er nach wie vor.

Gleichzeitig wollen CDU- und SPD-Abgeordnete im Bundestag für ein „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ stimmen, das Lauschangriffe und Einbrüche der Bullen in Privatwohnungen legalisiert. Darüber hinaus wollen sie unter dem Vorwand der „Drogenbekämpfung“ Angriffe besonders auf Immigranten und Jugendliche erleichtern und intensivieren. Die bürgerlichen Herrscher des Ordnung liebenden Deutschland finden sich selbst in einer widersprüchlichen Position gegenüber der Bevölkerung, deren vielfältige Vorlieben sie tolerieren müssen. Einerseits haben seit den 60er Jahren Marihuana und Haschisch wenigstens im Westen breite gesellschaftliche Akzeptanz erreicht, d. h. auch in der „respektablen“ Mittelklasse, trotz jedes Versuchs der Hardliner, sie auszumerzen. Andererseits ist die sinnlose, repressive Politik gegenüber harten, extrem süchtig machenden Drogen wie Heroin und Crack so offensichtlich gescheitert, daß sogar der Vizepolizeichef von Frankfurt/Main für die kontrollierte Vergabe von Heroin plädiert.

Kapitalismus, der ganze Teile der Bevölkerung auf den

Abfallhaufen schmeißt und der Jugend ihre Zukunft raubt, verfolgt grausam diejenigen, die er in die Verzweiflung von Drogen- und Alkoholabhängigkeit getrieben hat. Dies ist klar sichtbar in den mit Crack infizierten schwarzen Ghetto-Höllen in Amerika und dem rasanten Anstieg von Alkoholismus in der ehemaligen DDR, besonders unter jungen arbeitslosen Frauen, ledigen Müttern und bei der Jugend.

Für Drogenprogramme, die die Zahl der Drogenabhängigen drastisch reduzieren, gibt es kein Geld mehr. Genau so erstickte die Regierung zum Beispiel jahrelang jede wissenschaftliche Warnung über die schreckliche weltweite AIDS-Epidemie; heute fährt sie das Geld für Hilfsprogramme für die Kranken auf Null herunter und torpediert die Verteilung von Spritzbesteck, eine Maßnahme, die nachweislich HIV-Infektionen unter i.v. Drogengebrauchern eindämmt. Durch die Nichtfreigabe von sauberen Spritzen steigen die AIDS-Todesfälle dramatisch. Allein in Deutschland sind 48 Prozent aller AIDS-kranken Frauen durch Spritzen infiziert worden. Auf den Heroin- und Crackgebrauch antworten die Imperialisten mit der Drohung von Bullenterror und Knast.

Gesetze, die Drogen kriminalisieren und Drogengebraucher zu Freiwild erklären, sind dem Wesen nach reaktionär und willkürlich. Besonders absurd ist das Verbot von Haschisch, das z. B. eine medizinische Hilfe für Krebs-Patienten sein kann. Der einzige Effekt davon ist, die „organisierte Kriminalität“ zu *unterstützen*, indem sie die Profite erhöhen. Das Alkoholverbot in den USA im reaktionären sozialen Klima der 20er Jahre löste das rasante Wachstum des „organisierten Verbrechens“ aus. Als das Verbot wieder aufgehoben wurde, verschwand praktisch über Nacht ein ganzes gesellschaftliches Phänomen.

Der kapitalistische Staat ist die größte Verbrecherbande überhaupt. *Sein* täglicher Terror dient dazu, die Bevölkerung der Bourgeoisie zu unterwerfen. Der kapitalistische Staat nimmt sich das Recht vorzuschreiben, wer mit wem schläft und mit welchen Mitteln man sich berauschen darf. Aber der Staat hat nichts zu suchen bei solchen Fragen und kein Recht, die Nase bzw. seine Gewehrläufe reinzustecken in die Intimsphäre einzelner Menschen. Wie Abtreibung, Homosexualität, „Sodomie“, Pornographie, Glücksspiel und Prostitution ist der Drogengebrauch ein „Verbrechen“ gegen niemand. *Hier gibt es nichts zu bestrafen.* Als allererstes müssen die Bullen, Pfaffen und Richter aus den Schlafzimmern rausgeschmissen werden.

Von der von Oskar Lafontaine eröffneten Menschenjagd auf die Roma über Razzien gegen die „Zigarettenmafia“ in den Arbeiterwohnheimen bis zu den rassistischen Kampagnen gegen „Sozialgeldbetrug“ und Schwarzarbeit auf dem Bau: Immigranten werden vom Staat kriminalisiert. Dabei schürt die PDS mit ostdeutschem Nationalismus besonders die Angst vor „Kriminalität“ und „Drogendealern“ mit ihrer rassistischen Kampagne gegen die Hütchenspieler. Nazis/Skinheads setzen lediglich Bonns eigenes Programm „Ausländer raus“ in die blutige Tat um. Besonders im Osten Deutschlands werden sie schon mal von Geschäftsleuten angeheuert, gegen das sogenannte „Rotlichtmilieu“ und Drogentreffpunkte vorzugehen.

Der bewährteste Vorwand der Bullen und ihrer gefürchteten Spezialeinheiten, gegen Immigranten aus Afrika, der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten usw. organisiert vorzugehen und sie möglichst gleich abzuschieben, ist „Drogenhandel“. Wie die international koordinierte

Fortgesetzt auf Seite 14

Verteidigt linke Mainzer Jugendliche!

Nach einer Mainzer Demo gegen den kapitalistischen Anschluß von SDAJ, Antifa und Autonomen am 2. Oktober 1992 sprühten Mainzer Jugendliche „Freiheit für Erich Honecker“. Die deutsche Rachejustiz hat zugeschlagen: Geldstrafen, Gerichts- und Anwaltskosten summieren sich auf DM 4340,-, für die Studenten und Umschüler unbezahlbar. Das Komitee für soziale Verteidigung fordert: Weg mit den Urteilen! Verteidigt die Mainzer Jugendlichen! Spendet auf das Konto von Andreas Wierick, Konto 101 715 10 59, BLZ 550 501 20, Sparkasse Mainz, Stichwort „Prozeßspende“. Info: Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend Mainz, c/o Andreas Wierick, Jakob-Dieterich-Str. 17, 55118 Mainz.

Im Nachtrab der Konterrevolution: Mandelianer verkünden „Überlegenheit des Kapitalismus“

„Es muß erklärt werden, warum der ‚reale Sozialismus‘ unterging, warum er untergehen mußte und warum das gut war“. Diese Zeilen stammen nicht aus Gysis Wahlkampfreden, sondern aus der Feder des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“ (VS), das sich auf den Trotzkiismus beruft (Hans-Jürgen Schulz, „Zusammenbruch der DDR“, *Avanti*-Broschüre Nr. 4, undatiert). Das permanent zerstrittene „V“S, dessen bekanntester Vertreter Ernest Mandel ist, war über die Wiedervereinigung gespalten. Trotz Bauchschmerzen koexistierte Mandel friedlich mit der Strömung des VS-Führers Matti in Frankreich, die die DDR als ein von der Sowjetunion „unterdrücktes Land“ bezeichnete und die „deutsche Einheit“, die kapitalistische Konterrevolution, mit Champagner feierte.

Als in der Sowjetunion im August 1991 die Kräfte der offenen Konterrevolution die Oberhand bekamen, waren die Bauchschmerzen weg: Das VS stellte sich „bedingungslos“ auf die Seite von Jelzins Gegenputsch. Jetzt will es seinen Verrat dadurch theoretisch „untermauern“, daß es eine Überlegenheit des Kapitalismus postuliert: In der DDR habe es einen „Rückfall hinter die bürgerliche Gesellschaft“ gegeben (Peter Feist, „Das SED-Regime: Demokratie? Bürokratie? Diktatur?“, *Inprekorr* Nr. 265, November 1993).

Die Verdammung von UdSSR/DDR ist für Feist/Schulz das Billet für den Eintritt in die PDS, von Schulz in der Mai-Ausgabe der Kreuzberger PDS-Zeitschrift *GegenDruck* offiziell angekündigt. Die PDS hat die DDR ausverkauft, und der langjährige Mandelianer Jakob Moneta sitzt seit Jahren im PDS-Parteivorstand. Mit der Position, daß die DDR „sich damals und seither als dem Kapitalismus weit unterlegen“ erwies (Schulz, a.a.O.), vollziehen auch die *Inprekorr*-Unterstützer den politischen Schulter-schluß mit dem PDS-Wahlstrategen André Brie, der schon vor Jahren die DDR mit dem Begriff „feudalistisch“ belegte.

Gleichzeitig ist Feist im Vorstand der von der PDS mitinitiierten sogenannten „Alternativen Enquete-Kommission der Deutschen Zeitgeschichte“ an der Berliner Humboldt-Uni, die eine „linke“ Flankendeckung der staatlichen antikomunistischen Hexenjagd ist. Feists „Das SED-Regime: Demokratie? Bürokratie? Diktatur?“ war ursprünglich ein Beitrag für besagte Kommission. Zwar will sich Feist von Eppelmanns Hexenjagd-Kommission im Bundestag abgrenzen und kritisiert die PDS für ihre dortige Teilnahme, doch selbst er mußte zugeben, daß die Bundestagskommission nur die „große Schwester“ der „Alternativen“ ist.

Es entbehrt nicht der Ironie, daß Feist/Schulz gerade jetzt eine „Überlegenheit des Kapitalismus“ verkünden, wo die Konsequenzen der Konterrevolution am brutalsten zum Vorschein kommen. Keiner glaubt mehr an Kohls „blühende Landschaften“, ganz zu schweigen von der „Demokratie“ von Zar Boris. Statt dessen gibt es einen explodierenden Anstieg von Nazi-Terror, Massenarbeitslosigkeit und Frauenunterdrückung, und auf die Zerstörung der DDR folgte eine scharfe Offensive der Kapitalisten gegen die gesamte Arbeiterklasse, um auch im Westen den „Sozialstaat“ zu zertrümmern. Aber es gibt auch zunehmenden Widerstand gegen die kapitalistischen Angriffe, wie die Arbeiterstreiks von Andalusien bis Workuta zeigen.

Wie Trotzki zur Sowjetunion und ihrer Verteidigung betonte:

„Der Arbeiterstaat muß so aufgefaßt werden, wie er in dem unbarmherzigen Laboratorium der Geschichte entstanden ist und nicht wie ein ‚sozialistischer‘ Professor ihn sich vorstellt, der nachdenklich mit dem Finger in der Nase bohrt. Es ist die Pflicht der Revolutionäre, jede Eroberung der Arbeiterklasse zu verteidigen, auch wenn sie durch den Druck feindlicher Kräfte entstellt sein mag. Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen.“ (*Verteidigung des Marxismus*)

Jahrelang leugnete der gelehrte Prof. Mandel die Gefahr der kapitalistischen Restauration. Nach dem Untergang der Sowjetunion trennten sich seine Schüler explizit von jedem formalen Hinweis auf die trotzkistische Verteidigung der Errungenschaften der bisher einzigen erfolgreichen Arbeiterrevolution in der Geschichte. Feist/Schulz ersetzen den Trotzkiismus durch einen billigen „Antistalinismus“ der *Rechten* Opposition. Aber obwohl sie manchmal wie Bucharins Rechte Opposition klingen, sind sie tatsächlich Sozialdemokraten durch und durch. Sie greifen den Faktor der *politischen Unterdrückung* des Proletariats in den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten auf, versetzt mit ein paar aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus Trotzki *Verratener Revolution*, und stellen ihm die klassenlose „Demokratie“ entgegen.

Es findet sich keine Spur des Programms des revolutionären Internationalismus gegen Stalins nationalistisches Dogma, wie in Trotzki's Schrift *Die Dritte Internationale nach Lenin* dargelegt. Nie erwähnen sie Trotzki's *Verteidigung des Marxismus* mit der bedingungslosen Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats; und ganz sicher nie Trotzki's *Terrorismus und Kommunismus*, mit seiner Verdammung des Betruges der bürgerlichen Demokratie. Statt dessen stehen sie auf dem Boden der antikommunistischen konterrevolutionären Hetzschrift *Terrorismus und Kommunismus* von Kautsky, der wie der PDS-Frischling Schulz behauptet, daß Rußland zu rückständig war und den Arbeitern die „Reife“ gefehlt hätte, um den sozialistischen Aufbau auch nur zu beginnen, und der zu „Sozialismus und Demokratie“ aufruft. Unter dem dünnen Schleier von Hinweisen auf Gramscis „Hegemonie“ entledigen sie sich jedes Bezuges auf Marx, Engels und Lenin über den Staat, und landen auf der Seite des Revisionisten Bernstein.

Die junge Sowjetunion blieb nach dem Scheitern der Revolution im restlichen Europa, besonders in Deutschland, isoliert. Das schuf den Boden für das Aufsteigen einer bürokratischen Kaste, die „die Armut der Gesellschaft an Verbrauchsgegenständen“ (Trotzki, *Verratene Revolution*) verwaltete. Stalin entwickelte die „Theorie“ des „Sozialismus in einem Land“, eine Widerspiegelung des Interesses, sich in Ruhe mit den Privilegien einzurichten. Für Trotzki, die Linke Opposition und später die Vierte Internationale war es dagegen die Ausgangsbasis ihres Kampfes, daß ein isolierter Arbeiterstaat historisch auf lange Sicht nicht überleben konnte, da sein Niveau an wirtschaftlicher Produktivität nicht über das der mächtigen fortgeschrittenen kapitalistisch-imperialistischen Staaten hinausgehen konnte, die auf seine Zerstörung eingeschworen sind.

Die proletarische Staatsmacht in der UdSSR konnte nur gerettet werden durch *proletarische politische Revolution*, die die Bürokraten stürzt und die Arbeiterräte wiedererrichtet,

um die Sowjetunion zum Land des proletarischen Internationalismus zurückzuverwandeln, und durch ihre Ausweitung durch *weltweite sozialistische Revolution*. Die ost-deutschen Arbeiter gaben das erste Beispiel für eine proletarische politische Revolution, als sie sich am 17. Juni 1953 gegen den Stalinismus erhoben.

Das Verbrechen der Stalinisten besteht darin, daß sie den Arbeitern die Lüge des „Sozialismus in einem Land“ eintrichterten, ihnen eine „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus vorlogen und jahrzehntelang revolutionäre Bestrebungen der internationalen Arbeiterklasse blutig vereitelten, um den Status quo nicht anzutasten. Diese tiefgehende Zerstörung des internationalistischen Bewußtseins lähmte und entwaffnete die Arbeiterklasse angesichts der Konterrevolution. Bei der Suche der stalinistischen Führung nach „friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus – besonders mit der BRD – ist es kein Wunder, daß viele Arbeiter in der DDR zum Beispiel dachten, daß Klassenkampf im Westen nicht möglich sei.

Aber Feist/Schulz geht es nicht darum, die Lehren aus dem Verrat der Stalinisten zu ziehen. In „Thesen zur Perestroika-Diskussion“ (*GegenDruck* Nr. 10, Mai 1994) tischt Schulz Stalins Lüge von der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus wieder auf, die er in wahrer stalinistischer Machart Lenin zuschreibt. Für diesen historischen Revisionisten ist die Unterstützung der Revolution in Deutschland 1923, die damals von Trotzki gefordert wurde, eine „Politik der belagerten Festung“. Ganz im Gegenteil, dies war die vielversprechendste revolutionäre Gelegenheit in der Geschichte des deutschen Proletariats; ein Sieg hätte den Lauf der Geschichte verändert. Die Niederlage ermöglichte die Konsolidierung der bürokratischen Kaste in der Sowjetunion und bereitete den Weg für die Machtergreifung der Nazis zehn Jahre später.

Von „Jahrhunderten deformierter Arbeiterstaaten“ zur „Überlegenheit des Kapitalismus“

In Europa führte die Dezimierung der trotzkistischen Kader während des Zweiten Weltkriegs zusammen mit den Entwicklungen nach dem Krieg zum Entstehen einer revisionistischen Strömung innerhalb der Vierten Internationale. Beim 3. Weltkongreß 1951 konnte sich eine von Michel Pablo geführte Strömung durchsetzen, der sich später auch Mandel anschloß. Unter dem Eindruck der Entstehung bürokratisch deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa und ihrer scheinbaren Stabilität sah Pablo eine „Epoche des Übergangs zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ voraus. Für den Impressionisten Pablo bedeutete die geographische Ausweitung des Stalinismus eine „neue Weltrealität“ von „Jahrhunderten deformierter Arbeiterstaaten“. Damals fand er in der stalinistischen Bürokratie den Ersatz für den Aufbau der revolutionären Weltpartei des Proletariats. Die Rolle der Trotzkisten sollte laut Pablo darin bestehen, durch einen „Entrismus sui generis“ (Entrismus besonderer Art) Druck auf die reformistischen, vornehmlich stalinistischen Massenparteien auszuüben, um sie zu revolutionärer – oder auch nur zentristischer – Politik zu zwingen. In Westdeutschland verbrachten Pablos Anhänger lange Jahre mit „tiefem Entrismus“ nicht in der verfolgten KPD, son-



Der Spiegel

Hunger in Moskau: „Überlegenheit des Kapitalismus“ bedeutet Massenelend in den ehemaligen Arbeiterstaaten

dern in der Partei der Verfolger, der Kalten-Kriegs-SPD. Dies trug stark dazu bei, den Namen des Trotzismus in den Augen vieler Linker zu diskreditieren.

Mandels VS wurde zum Hauptträger dieser revisionistischen Strömung. Aber die Kräfte, hinter denen die Pabloisten hinterherliefen, variierten. Auf der Suche nach „neuen Massenavantgarden“ bejubelte Mandel – je nachdem, was gerade populär war – die Guerilla-Kämpfer in der Dritten Welt und Maos China, die 68er Studentenbewegung und die feministische Frauenbewegung, und sogar Chomeinis „islamische Revolution“ im Iran, die brutal die Frauen unterdrückte und unter dem Schleier verklavte.

Mit dem Einsetzen des zweiten Kalten Krieges nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1980, der dazu diente, den US-Imperialismus nach Vietnam und dem Watergate-Skandal moralisch wiederaufzurüsten, landete das VS an allen Brennpunkten des antisowjetischen Feldzuges im Lager der Imperialisten – natürlich im Namen der „Demokratie“. Das VS unterstützte 1981 nach Kräften Walesas konterrevolutionäre, antisowjetische, nationalistische Solidarność, die dann dafür sorgte, daß die Arbeiter in Polen ausgehungert werden. Mandels Anhänger bejubelten sogar die baltischen „Waldbrüder“ in Estland (*International Viewpoint*, 18. September 1989), die sich mit den SS-Sturmtrouppen gegen die Rote Armee verbündet hatten.

Die westdeutschen Pabloisten feierten den zweiten Kalten Krieg mit einem Zusammenschluß mit den maoistischen Trotzki-Hassern der KPD/ML, die nur wenige Jahre zuvor Veranstaltungen der Pabloisten mit Eisenstangen auseinandergenommen hatten. Daraus wurde die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) gebastelt, die nie Sektion des VS war. Die VSP *verbot* ihren Mitgliedern unter Androhung von Ausschluß, in die Massenerhebung in der DDR zu intervenieren (siehe *Avanti*, Heft 7/8, 1992), um ihren Zusammenschluß mit den rabiat antisowjetischen Ex-Maoisten nicht zu sprengen. Einige VSPler (aus der nach dem deutschsprachigen VS-Journal benannten *Inprekorr*-Strömung) und freischwebende Mandel-Anhänger gründeten daraufhin in Ostdeutschland die GRS, später Gruppe *Avanti*. Inzwischen sind die meisten *Inprekorr*-Unterstützer aus der VSP ausgetreten.

„Die VSP war von Anfang an der Versuch, sich selbst überflüssig zu machen und sich in eine neue linke Forma-

Fortgesetzt auf Seite 12

Mandelianer...

Fortsetzung von Seite 11

tion einzubringen“, beschreibt zutreffend ein Düsseldorfer Diskussionsbeitrag zur Zentralen Delegiertenkonferenz der VSP (SoZ-Beilage, 19. Mai) den ganzen Zweck des pabloistischen Unternehmens. Und damit hatten sie endlich Erfolg. Die Politik *aller Flügel* des „Vereinigten“ Sekretariats besteht in der Suche nach einem Ersatz für die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Führung.

Zwar hat das Vereinigte Sekretariat jetzt seine Absicht erklärt, zum ersten Mal seit acht Jahren wieder eine offizielle VS-Sektion in Deutschland zu gründen, aber ihre politischen Gelüste sind die gleichen: Einheit, egal mit wem, am besten mit den Knierutscher-Reformisten der PDS. Noch 1990 hatte die VSP eine PDS-Wahlunterstützung abgelehnt, bei den jetzigen Bundestagswahlen ruft sie zur Wahl der PDS auf und schickt ihren Altkader Winnie Wolf in Baden-Württemberg auf der PDS-Liste in den Wahlkampf. Wolf erklärte: „Ein Grund dafür ist die politische Entwicklung seit 1990“ (SoZ, 19. Mai). Genau! Seit 1990 hat die PDS immer wieder ihre Loyalität gegenüber der Bourgeoisie von Auschwitz bewiesen, als sie die DDR verschenkte und jeden Widerstand gegen die kapitalistische Konterrevolution lähmte. Mit dem Eintritt in die PDS entdecken Mandels Anhänger diese Partei als jüngste „Avantgarde“ – obgleich sie als Wessies dort Probleme haben werden, weil die PDS in der Tat ostdeutschen Nationalismus vertritt. Die alte pabloistische Methode des Anhängens an klassenfremde Kräfte dient ihnen dazu, den „Übergang“ von „Jahrhunderten deformierter Arbeiterstaaten“ zur „Überlegenheit des Kapitalismus“ vorzunehmen. Was noch, Hans-Jürgen ... ein Tausendjähriges Reich des Kapitalismus?

Die russische Frage ist die Frage der Revolution!

Die Herrscher des wiedervereinigten Deutschland lassen keine Gelegenheit aus, sich als Sieger im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion aufzuspielen. Nichts soll mehr daran erinnern, daß die Rote Armee das Nazi-Regime zerschlagen hat. Aber auch hier zeigt sich Hans-Jürgen Schulz voll auf der Höhe des in Deutschland herrschenden antisowjetischen „Zeitgeistes“: Im Vokabular des Kalten Krieges zieht er über eine „Kompradorenbürokratie“ der DDR als „Schöpfung der Besatzungsmacht“ her (a.a.O.). Es ist erstaunlich, daß er zur DDR noch DDR sagt – mit dieser Linie sollte er sie SBZ nennen, zusammen mit Strauß und Schönhuber.

Mit ihrem Sieg gegen Hitler zerstörte die Rote Armee den kapitalistischen Staatsapparat und führte von oben aus eine kontrollierte soziale Revolution durch, indem sie die Kapitalisten enteignete und eine vergesellschaftete Wirtschaft einführte. Sie errichtete eine *Diktatur des Proletariats*, wenn auch bürokratisch deformiert, in direkter Gegnerschaft zur kapitalistischen Profitwirtschaft in Westdeutschland, wo die imperialistischen Alliierten den Nachfolgestaat des Dritten Reichs, die Herrschaft der Deutschen Bank von Hermann Abs und der Nachfolger der IG Farben befestigten.

Peter Feist verschweigt die Entstehung der DDR und stiehlt sich damit um die Erklärung herum, wie die angeblich „unterlegene“ Sowjetunion trotz Stalins Sabotage imstande war, ganz Europa von Hitlers blutigem Terror zu befreien – und welche Seite er damals eingenommen hätte. Zwar doziert er auch, „die Oktoberrevolution setzte einen welthistorischen ‚Innovations-Impuls‘ frei“. Aber dann sieht er eine „gewisse Tragik der Entwicklung ... darin, daß dieses ‚Modell‘ ... Überlebensfähigkeit besaß!“ Für das Überleben der Sowjetunion gaben im Zweiten Weltkrieg

27 Millionen Sowjetbürger ihr Leben. Nicht umsonst!

Die Internationale Kommunistische Liga mobilisierte ihre Kräfte, um nach dem Sturz Honeckers in die beginnende politische Revolution in der DDR zu intervenieren, und rief auf: „Für ein Arbeiterrätendeutschland durch sozialistische Revolution im Westen und proletarische politische Revolution im Osten!“ Wir forderten die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiterklasse. Aus dieser Intervention wurde die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) aus der früheren Trotzlistischen Liga Deutschlands und einem Kern von revolutionären ostdeutschen Soldaten und Arbeitern der Spartakist-Gruppen geschmiedet.

Die SpAD kämpfte als einzige Organisation ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und kandidierte unter dieser Losung bei den Volkskammerwahlen im März 1990. Mit dem Sieg des Vierten Reichs haben die Arbeiter der Welt, und wir mit ihnen, eine schwere Niederlage erlitten. Aber weil wir kämpften, haben wir nicht nur die Autorität des trotzkistischen Programms bei breiten Schichten der ostdeutschen Arbeiter gestärkt, sondern es hat sich auch die starke Verbundenheit dieser Arbeiterklasse mit sozialistischen Werten gezeigt.

Weil die Pabloisten nicht kämpften, entnehmen sie dementsprechend ihre Ansicht über die Arbeiter im Osten dem Arsenal des Kalten Krieges, daß die Arbeiter durch den Stalinismus zu geistlosen, seelenlosen Sklaven degradiert worden seien. Deshalb können sie sich dem imperialistischen Kreuzzug gegen den Stalinismus *anschließen*. Feist behauptet sogar, der „Zusammenbruch der osteuropäischen ‚real sozialistischen Gesellschaften‘ stellt ... vor allem eine große Chance im Emanzipationskampf dar“.

Für die Staaten der sogenannten Dritten Welt, die durch die Unterstützung von Moskau einen gewissen Grad von Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten erlangen konnten, hat der Untergang der Sowjetunion bereits grauenhafte Konsequenzen gehabt. Angefangen mit dem Massaker an Hunderttausenden im Golfkrieg 1991, als die Sowjetunion unter Gorbatschow vor dem NATO-Kriegskurs in die Knie ging, hat die Zerstörung von DDR/UdSSR die imperialistischen Mächte ermutigt, der ganzen Welt ihre blutige „Neue Weltordnung“ aufzuzwingen. Und jetzt ist der kleine deformierte Arbeiterstaat Kuba in höchster Gefahr, der auch von der DDR jahrelang massive Unterstützung erhielt; er steht ganz oben auf der „Liste der Feinde“ des US-Imperialismus, der versucht, Kuba durch eine Aushungerungsblockade zu strangulieren. Angesichts dessen kann es nur als obszön bezeichnet werden, wenn Schulz gegen „umfangreiche ‚Solidaritätsleistungen‘ an Staaten der ‚Dritten Welt‘“ hetzt, „die faktisch nur eine Unterstützung der sowjetischen Weltmachtspolitik waren“ (Schulz, a.a.O.).

DDR: „Übergangsgesellschaft“ ohne Klassencharakter?

Um die angebliche „Unterlegenheit“ des deformierten Arbeiterstaats DDR zu rechtfertigen, setzt Feist mit einem Federstrich alle marxistischen Kriterien außer Kraft und behauptet: „Dies war aber nicht die Diktatur des Proletariats, ... sondern es entstand eine Diktatur gegen das Proletariat, eine Diktatur der Verwalter über die (eigentlichen) juristischen Eigentümer“ (Feist, „Das SED-Regime: Demokratie? Bürokratie? Diktatur?“). Aus Trotzki's Begriff des „Übergangsregimes“, mit dem dieser die Diktatur des Proletariats kennzeichnete, wo die stalinistische Bürokratie eine Barriere zur sozialistischen Entwicklung darstellte und deshalb durch die politische Revolution weggesprengt werden mußte, wird bei Feist/Schulz eine klassenlose „Übergangsgesellschaft“. Nicht mehr die Frage, welche Klasse herrschte, ist für diesen angeblichen Marxisten ausschlagge-

bend, sondern allein die Frage der politischen Kontrolle.

Die Sozialdemokratie benutzte für ihre Zwecke immer wesentlich die gleiche Methode wie die stalinistischen Bürokraten: Sie setzte den Arbeiterstaat gleich mit der parasitären Bürokratie und identifizierte das Ganze mit „Sozialismus“. Und diese Methode wenden auch Schulz und Feist an, sie verwenden die Gleichung Arbeiterstaat = Bürokratie, und da dies nicht „Sozialismus“ ist, gibt es nichts zu verteidigen.

Weil die DDR eine „warenproduzierende Gesellschaft“ war, sei sie nicht „sozialistisch“ gewesen, behauptet Feist. Aber wesentlich war in DDR und Sowjetunion, daß die vergesellschafteten Produktionsmittel und die Arbeitskraft keine Waren waren, und daß die Produktion nicht auf Basis marktwirtschaftlicher Konkurrenz abließ, sondern auf Basis eines Plans, wenn auch bürokratisch kontrolliert. Die Existenz der nationalistischen Bürokratien war das Hindernis für eine effektive Planwirtschaft, die Rätedemokratie und vor allem internationale Arbeitsteilung voraussetzt.

Wenn Feist jetzt die PDS angreift, sie „hätte den Kampf für die Verteidigung des Volkseigentums gegen die kapitalistische Restauration viel entschiedener führen können und müssen“ (*Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS*, Heft 5/1994), so umgeht er genau die Frage der Verteidigung des Arbeiterstaats, ohne den es die Errungenschaften der DDR nicht geben konnte. Und weit davon entfernt, das Volkseigentum zu schützen, gründete die PDS die Treuhänder, um es an die neuen kapitalistischen Herren zu verschleudern. Zu der Zeit demonstrierte die SpAD vor der DDR-Volkskammer gegen Modrows Privatisierungsgesetz.

Das Vereinigte Sekretariat hat eine lange Geschichte darin, den Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie zu leugnen. Einerseits verteidigte die Bürokratie ihre parasitäre Stellung gegen das Proletariat, dem sie die politische Macht entrissen hatte. Andererseits war sie aber auch unter gewissen Umständen gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um das vergesellschaftete Eigentum, auf dessen Basis sie existierte, gegen die Imperialisten zu verteidigen. Afghanistan war ein solcher Fall, wo die IKL und ihre Vorläuferin, die internationale Spartacist Tendenz, sagten: „Hohe die Rote Armee“ gegen die vom CIA gestützten reaktionären Mullahbanden. Dies war nicht die proletarische internationalistische Rote Armee unter Trotzki's Führung. Trotzdem begrüßten wir die Intervention sowjetischer Truppen: Sie verteidigten die UdSSR gegen die CIA-finanzierte islamische Reaktion und stellten objektiv eine externe soziale Basis für eine grundlegende soziale Umwälzung der vorfeudalen Klassenstruktur des Landes dar.

Und wir gaben Jaruzelski 1981 militärische Unterstützung, als er die Konterrevolution der klerikal-nationalistischen Solidarność stoppte, die vor Antisemitismus strotzte. Gleichzeitig riefen wir zum Aufbau von trotzkistischen Untergrundzellen in Polen auf, um für den Sturz der Bürokratie zu kämpfen, die die Arbeiter nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft in die Arme der Konterrevolution getrieben hatte.

Friedliche Koexistenz des VS mit deutschem Nationalismus

Bereits bei der sich entfaltenden politischen Revolution in der DDR 1989, als die Existenz des ersten Arbeiterstaats



Spartakist

Nach Honeckers Sturz intervenierten Spartakisten mit täglicher Arbeiter- pressekorrespondenz und stießen in der DDR auf massenhaftes Interesse

auf deutschem Boden auf dem Spiel stand, war für das Vereinigte Sekretariat eine klassenlose „Demokratie“ Maßstab aller Dinge. Zwar behauptete die Mandelsche VS-Mehrheit in einer Resolution vom November 1990 ihre „entschiedene Opposition gegen die deutsche kapitalistische Wiedervereinigung“, straft diese schamlose Behauptung aber noch im gleichen Text Lügen. Der Kernpunkt: Kapitalistische Wiedervereinigung ist vielleicht nicht das höchste der Gefühle, aber wenn sie nun mal unvermeidlich ist, dann stellen wir bestimmte Bedingungen: „einen Abzug aller fremden Truppen von deutschem Gebiet; ein entmilitarisiertes Deutschland ...“

Mandels „Bedingungen“ gaukelten einen „neutralen“ kapitalistischen Staat vor als kleineres Übel, aber das Ergebnis konnte nur das Vierte Reich sein, wie es jetzt existiert. Sein Schüler Schulz lieferte dann auch bald nach dem Anschluß die Theorie, daß es „Kein 4. Reich“ (*Avanti* 19/20, Juli/August 1992) gebe, sondern „ein anderes Deutschland, das seit 1945 zum Land der Friedensbewegungen geworden ist“ (um Mißverständnissen vorzubeugen, er meint natürlich nicht die DDR damit). Die Wirklichkeit des kapitalistischen Deutschland schlägt dieser Schönfärberei frontal ins Gesicht. Mit der Lostrennung von Kroatien und Slowenien hat Bonn im Alleingang den blutigen nationalistischen Krieg auf dem Balkan entfacht (siehe Seite 6); die Regierungsparteien haben in einer rassistischen Allianz mit der SPD durch die Zerstörung des Asylrechts den Nazi-Mordbrennern grünes Licht gegeben.

Mandels Forderung nach „Abzug aller fremden Truppen“ war die Krönung von zehn Jahren nationalistischer „Friedens“bewegung in Westdeutschland, die unter sozialdemokratischer Führung dem Drang nach Osten des gestärkten deutschen Imperialismus Ausdruck gab. Jetzt feiert Kohl mit der Verabschiedung der „fremden Truppen“ die Vollendung dieser Forderung, und SPD-Eppers „Friedens“bewegung, an die sich Mandels „entschiedene Opposition“ angehängt hat, hat ihr erklärtes Ziel erreicht — die Entwaffnung und Einverleibung der DDR.

In der DDR hofierte Mandel die Vereinigte Linke (VL) und verteidigte die „Souveränität der Volksmassen der DDR“, ganz im Stil des DDR-Nationalismus, den das Regime genährt hat. Noch im Dezember 1989 druckte *Inprekorr* seitenlang programmatische Erklärungen vom Neuen Forum, vom Demokratischen Aufbruch und den Ost-Sozialdemokraten der SDP ab, die unter dem Stichwort „parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft“ dem Vormarsch der Kapitalisten den Weg bereiteten. Wenige Wochen darauf marschierte die SDP/SPD unter den Rufen „Wir sind ein Volk“ bei den Leipziger Montagsdemos im Gleichschritt mit Nazi-Skinheads.

Fortgesetzt auf Seite 14

Mandelianer...

Fortsetzung von Seite 13

Im Gegensatz zur Anbiederung von VS/VSP an Nationalismus und Sozialdemokratie warnten wir Spartakisten davor, daß die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR war. Als Ende Dezember 1989 das Trepower Ehrenmal der sowjetischen Armee von Nazis geschändet wurde, initiierten wir einen Aufruf zur Arbeiter-Einheitsfront, um die Faschisten zu stoppen. Nachdem sich auch die SED-PDS durch die starke Resonanz dazu gezwungen sah, zu mobilisieren, versammelten sich im Januar 1990 im Treptower Park in Ostberlin 250 000 Menschen zu einer prosozialistischen, antifaschistischen Massendemonstration. Diese Demonstration war ein machtvoller Beweis für die Existenz einer starken prosozialistischen Stimmung, im Gegenteil zu anderslautenden Schutzbehauptungen des VS und der VL.

Trotzkistische Partei ist der Schlüssel

Diejenigen, die zur Zeit des Anschlusses gelähmt waren oder ihn sogar bejubelten, haben auch kein Programm, um gegen die Konsequenzen der Konterrevolution zu kämpfen. Die von den Pabloisten hofierten Vereinigten Linken sind heute ein wütender Teil der antikommunistischen Hexenjagd, und die von ihnen aufgebaute VSP kam nach dem Pogrom von Magdeburg mit Tips heraus, wie man bei rassisti-

schen Überfällen mehr Polizei an den Ort kriegt. VS/Avanti bejubelten zusammen mit Gysi den isolierten Hungerstreik in Bischofferode als Alternative zum Klassenkampf. Wir haben keinen von ihnen gesehen, als wir durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung im letzten Januar die Verteidigung eines Immigrantenwohnheims in Berlin organisierten, oder als wir uns zuletzt am 1. Mai an einer antifaschistischen Aktion mit Gewerkschaftern, Jugendlichen und Immigranten beteiligten, die in Berlin die Faschisten stoppte.

Eine der Grundcharakteristiken des Pabloismus ist, für scheinbare kurzfristige „Gelegenheiten“ alle Lehren und programmatischen Grundlagen über Bord zu werfen, die mit dem Blut der Arbeiterbewegung bezahlt wurden. Mit dem Standardspruch, „die Arbeiter müssen ihre eigenen Erfahrungen machen“, wäscht Mandels VS nach jeder Niederlage der Arbeiter seine Hände in Unschuld, um den nächsten klassenfremden Kräften hinterherzulaufen. Und diesmal ist es die Kapitulation vor dem Kapitalismus selbst.

Die beginnende politische Revolution in der DDR und der Kampf gegen Jelzins Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion waren eine Feuerprobe für Revolutionäre. „Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung“, wie Trotzki im *Übergangsprogramm* feststellte. Mit diesem Verständnis intervenierten wir, um in dieser Periode, wo sich alle Klassegegensätze zuspitzten, der Faktor zu sein, der den Unterschied macht: die revolutionäre Führung. ■

Drogenhetze...

Fortsetzung von Seite 9

Verschärfung der „Terrorismusbekämpfung“ in der EG zeigt, ist die „Drogenbekämpfung“ Teil einer Offensive in der „Festung Europa“, die Repression vorwiegend gegen Immigranten zu verschärfen.

Die Linke als Dealer für den bürgerlichen Staat

An vorderster Front sind Linke eingereicht, um die brutale Linie der staatlichen Repression weiterzuverkaufen: für die „Bekämpfung des organisierten Verbrechens“ brauche man mehr Bullen. Und so fordert die MLPD, genau wie SPD und PDS im Schulterschluß mit den CDU-Hardlinern, hart durchzugreifen gegen Drogen, weil sie die Kampfkraft der Arbeiter lähme. Die Arbeiter (und die Jugend) sollen gefälligst „Hammern und sicheln, statt jammern und picheln“.

Die maostalinistische MLPD fordert jetzt „härteste Strafen für Drogenhändler, Dealer und ihre Hintermänner. Sie gehören überall, wo sie auftauchen, verjagt“ (*Rote Fahne* Nr. 37, 18. September 1993). Das erinnert doch sehr an das stalinistische Erbe, wo in den 30er Jahren in der Sowjetunion Homosexuelle verfolgt, die Abtreibung für Frauen verboten und das Privatleben der Arbeiter reglementiert wurde. Aber der wichtigste Feind der Arbeiter ist die Polizei – und deren Macht bleibt von den „Marxisten“ der MLPD unangetastet, ganz in der Tradition der Anbiederung an die Sozialdemokratie.

Und das wirkliche Opium des bürgerlichen Staates und das Mittel, die Arbeiter zu lähmen, sind: Pfaffenwort und Polizei. Mit dem „Wort zum Sonntag“ im staatlichen Fernsehprogramm, mitverwaltet von der SPD, soll christliche Moral in die Köpfe der Zuschauer gehämmert werden. Sowieso meint die Sozialdemokratie, daß der Staat entscheiden muß, was am besten für die Massen ist. Genauso argumentiert die Gruppe Voran. Ob es sich um Nazis, Drogen oder Arbeitslosigkeit handelt, ihre Position ist wie die der SPD in der Weimarer Republik: „Staat, greif ein“. Aber wenn der Staat eingreift, ergreift er dich!

Voran schlägt in ihrer April-Ausgabe ein staatlich verordnetes sauberes Leben vor: Für das „Verbot von Tabak- und Alkoholwerbung“, und für die „Verstaatlichung der Alkohol- und Tabakkonzerne und ihre demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten, die Gewerkschaften und den Staat“. Die Annahme hier ist, daß der allmächtige und allwissende Staat legitime „Schutz“funktionen gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen hätte. Aber mit Demokratie oder gar Arbeiterdemokratie hat solche Staatsmoral nichts zu tun.

Und dann, wenn solche Linken sich nicht ganz auf Bullen und kapitalistischen Staat verlassen können, rufen sie sogar auf zum Lynchmob, der nichts anderes sein kann als Schocktruppe des kapitalistischen Staats. So schreibt die französische Schwesterorganisation von Voran, Jeunesse Communiste Révolutionnaire/Gauche Révolutionnaire (JCR/GR), in ihrer Broschüre „Die Internationale und der Staat“ (Mai 1994) unter der Überschrift: „Unsere Freunde, die Bullen“ über eine solche „Aktion“, die im Sommer 1993 im Immigrantenviertel Les Biscottes in Lille stattfand. Ergebnis: die Auslieferung von 16 illegalen Immigranten an die Polizei, die damit mit Abschiebung in den Tod bedroht sind. JCR/GR jubelt darüber: „Wenn jemand einen Schritt in Richtung Arbeitermilizen in Frankreich in den letzten Jahren gemacht hat, dann diejenigen, die spontan gegen Dealer in den Arbeitervierteln mobilisiert haben.“ Wenn Voran über „Arbeitermilizen“ spricht, hat dies nichts zu tun mit der Bewaffnung des Proletariats gegen die Faschisten und als Kern der zukünftigen Roten Armee. Statt dessen rufen sie auf für rassistische Aushilfstruppen für die kapitalistische Polizei, um die bürgerliche Ordnung durchzudrücken!

Gesetze gegen Drogen dienen wegen ihrer weiten Verbreitung notwendigerweise zur Reglementierung der Bevölkerung: Deren willkürliche Anwendung zielt besonders auf die Opfer kapitalistischer Unterdrückung wie Jugendliche und Immigranten, während sie jedermann einschüchtern sollen. Deshalb kämpfen wir Marxisten für die Mobilisierung der Arbeiterklasse, um die Drogenverfolgung von Jugendlichen und Immigranten zurückzuschlagen. Weg mit der Kriminalisierung von Drogen! ■

Mandela/ANC...

Fortsetzung von Seite 1

Eigentümer von Südafrikas Bergwerken, Fabriken und Farmen haben keinesfalls ihre Superausbeutung der schwarzen Werkstätigen aufgegeben.

Statt dessen versuchen sie diese Ausbeutung dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie als ihren Agenten gerade die Organisation benutzen, die die Führung der schwarzen Befreiungsbewegung beansprucht, Mandelas ANC. Wie um diese Tatsache zu unterstreichen, hob die *Financial Times* (9. Mai) den Triumphalismus der Eigentümer der Gold- und Diamantenbergwerke hervor: „Anglo American und De Beers haben viel zu feiern – das afrikanische Reich offen für die Welt.“ Dieses Sprachrohr der Bankiers der Londoner City kommentierte, daß die Bergwerksmagnaten nach den „schwierigen Jahren“ internationaler Sanktionen tatsächlich jetzt obenauf sind. Und aufgrund der Konterrevolution, die Osteuropa und die Sowjetunion überzog, „bedeutet [dies], daß Anglo [American] nicht mehr eine solch natürliche Zielscheibe ist, die eine ANC-kontrollierte Regierung entweder zerbrechen ... oder verstaatlichen würde“. Die Randlords und die Imperialisten, die hinter ihnen stehen, glauben, daß sie das Fundament des Apartheid-Kapitalismus durch das Anlegen „demokratischer“ Kleider gerettet haben.

Tatsächlich stand das Ergebnis der Wahlen fest, bevor sie stattfanden. Es würde eine Koalitions„regierung der nationalen Einheit“ geben zwischen dem ANC und F.W. De Klerks auf den Afrikaanern basierenden National Party (NP, Nats), der Architektin und Bewahrerin des Apartheid-Systems. Für die nächsten fünf Jahre werden den Minderheitsparteien Sitze in der Regierung und effektives Veto-recht bei wichtigen Gesetzen garantiert. Dies wurde jetzt erweitert durch einen Handel, der Mangosuthu Buthelezi, den Chef der Inkatha, Partei des Zulu-Tribalismus, einbeziehen und ihm die Kontrolle der Provinz Natal geben soll. Schwarze Arbeiter sollen in Schach gehalten werden durch eine Verfassungsklausel, die nur Streiks über Arbeitsfragen erlaubt – d. h. ein Verbot politischer Streiks wie die massenhaft befolgten Generalstreiks, die Südafrika während des Anti-Apartheidkampfes erschütterten. Aber genauso wie die Kämpfe der schwarzen Werkstätigen für Freiheit und Gleichheit das alte Apartheidsystem niederrissen, so werden sie den Handel über die „Machtteilung“ unter einer Neo-Apartheid zwischen den Randlords und deren neuen schwarzen Strohmännern niederreißen.

Den Weißen, 13 Prozent der Bevölkerung Südafrikas, gehören 90 Prozent des Landes und anderer produktiver Reichtümer, und sie haben im Durchschnitt ein zehnmal so hohes Einkommen wie die schwarze afrikanische Mehrheit. Angesichts dieser gewaltigen und krassen rassistischen Ungleichheit kann eine kapitalistische „Demokratie“, wie sie in Nordamerika und Westeuropa existiert, in Südafrika nicht etabliert werden. Die Privilegien und die Vorherrschaft der weißen herrschenden Klasse sind in einer Reihe von „Sonnenuntergangsklauseln“ der neuen Verfassung festgeschrieben, die bis 1999 nicht geändert werden kann. Die Armeegenerale und zivilen Richter, die den Apartheid-Terror durchsetzten, können nicht ersetzt werden. Polizei- und Militäroffiziere, die für Massaker an Schwarzen verantwortlich sind, können für ihre Verbrechen nicht belangt werden. Das kapitalistische Privateigentum kann nicht angetastet werden, egal was der demokratische Wille der schwarzen Mehrheit ist.

Aber die Zukunft Südafrikas wird nicht durch das Ergebnis dieser Wahlen oder die sorgfältig ausgearbeiteten Arrangements über die „Machtteilung“ zwischen dem bürgerlich-nationalistischen ANC und der National Party be-



Der Spiegel

Die südafrikanische Armee mit ihren rassistischen Mördern bleibt unter „Machtteilung“ unangetastet

stimmt werden. Welche Versprechen über „Mäßigung“ und Klassenzusammenarbeit Mandela & Co. auch immer machen, die schwarzen Massen glauben, daß sie nach all dieser Zeit endlich eine Regierung haben, die ihre Interessen und Bestrebungen vertritt. In Townships von Kapstadt bis zum Witwatersrand sagen schwarze Einwohner, sie werden „Geduld“ haben – etwa zwei Monate lang. Es sagt viel über die Krise der Erwartungen, daß der ANC Gerüchten entgegengetreten mußte, die Schwimmbäder weißer Familien würden verstaatlicht werden. Das Regime Mandela/De Klerk wird gegen Streiks und Proteste der Arbeiter in den machtvollen und kämpferischen schwarzen Gewerkschaften vorgehen, gegen die Besetzung von Wohnraum weißer Eigentümer durch Obdachlose, gegen Forderungen, das Land, das Weißen gehört, an die verarmten Schwarzen zu verteilen, die lange in den Bantustans in der Falle saßen.

Konfrontation mit schwarzen Arbeitern rückt näher

Als Wahlergebnis erhielt Mandelas African National Congress etwa 12 Millionen Stimmen, etwas weniger als 63 Prozent; De Klerks National Party bekam 4 Millionen Stimmen oder 20 Prozent; und Buthelezis Inkatha erhielt angeblich 2 Millionen oder 10 Prozent der Stimmen. Der ANC bekam eine überwältigende Mehrheit in sechs von acht Provinzbezirken. In der westlichen Kap-Provinz (um Kapstadt) bekamen die Nats 52 Prozent gegenüber 33 Prozent des ANC, indem sie mit der Aussicht auf eine schwarze Regierung rohe Ängste unter der „farbigen“ (gemischt-rassigen Bevölkerung) schürten. In KwaZulu/Natal, wo Inkatha über die Hälfte der Stimmen zugesprochen wurde und der ANC ein Drittel erhielt, gibt es Beweise für massive Wahlfälschung. Aber Mandela weigerte sich, das Ergebnis anzufechten, was Spekulationen Nahrung gab über einen „Handel innerhalb des Handels“, nämlich Buthelezi genügend Stimmen zuzuschancen, damit er in die Regierung kommt. Der Londoner *Guardian* (7. Mai) behauptete klipp und klar:

„Die Unabhängige Wahlkommission und der African National Congress konspirierten, um die Kontrolle über KwaZulu/Natal an Mangosuthu Buthelezi zu übergeben,

Fortgesetzt auf Seite 16

Mandela/ANC...

Fortsetzung von Seite 15

in der Hoffnung, in der blutgetränkten Provinz Frieden zu erkaufen.“

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts spricht Bände über den Verrat an den Hoffnungen auf die Freiheit der Schwarzen und über den Klassencharakter des Staates. Während Mandela Präsident ist und der Oberyuppie des ANC, Thabo Mbeki, erster Vizepräsident (und wahrscheinlich Nachfolger des 75jährigen Staatsoberhauptes), ist De Klerk jetzt zweiter Vizepräsident. Das Finanzministerium bleibt in den Händen von Derek Keys, ehemaliger Topmanager von Gencor, dem zweitgrößten Bergbaukonzern Südafrikas, der diese Schlüsselposition schon in De Klerks NP-Regierung hatte. Von den 15 Ministern des ANC sind



Reuters

Mandela in der Johannesburger Börse: ANC versichert den rassistischen Herrschenden Treue zum Kapitalismus

viele Mitglied der South African Communist Party (SACP), die seit langem eine führende Rolle im ANC spielt. Der langjährige SACP-Chef Joe Slovo ist Minister fürs Wohnungswesen: Slovo, an dem nichts „rot“ ist außer seinen roten Markensocken, wandelte sich vom harten Stalinisten zum weichen „Marktsozialisten“.

Andere SACPler besetzen Schlüsselpositionen wie Verteidigung (Joe Modise, der wie Slovo und der ermordete SACP-Generalsekretär Chris Hani früher Chef des bewaffneten Arms des ANC, Umkonto we Sizwe, war), Polizei (Sydney Mufamadi) und Auswärtiges (Alfred Nzo), und der frühere Führer des Gewerkschaftsverbands COSATU, Jay Naidoo, ist verantwortlich für die Durchführung des „Aufbauplans“ des ANC. Berichten zufolge beschwerte sich De Klerk darüber, daß die Nats nicht die Sicherheitsministerien bekamen, aber trotz eines Unbehagens in herrschenden Kreisen über „Rote“ in strategischen Positionen ist es Tatsache, daß sie die gleiche Apartheid-Armee und gleiche Apartheid-Polizei leiten werden. Selbst eine kosmetische „Säuberung“ dürfen sie nicht durchführen, das verhindert die „Sonnenuntergangsklausel“, ausgearbeitet von ... Joe Slovo. Nachdem also der Zusammenbruch der stalinistischen bürokratischen Herrschaft die Konterrevolution in der ganzen Sowjetunion und Osteuropa einleitete, macht sich die KP daran, in Zusammenarbeit mit und im Interesse des Apartheidkapitals ein Land mitzuregieren!

Nur ein paar Prozentpunkte fehlten dem ANC zur Zweidrittelmehrheit, die ihn in die Lage versetzt hätte, die neue Verfassung zu ändern und Vetos der weißen Rechten im Kabinett und neuen Parlament zu verhindern. Der ANC zeigte deutliche Erleichterung über dieses Ergebnis, wie die

New York Times (7. Mai) festhielt:

„Das entscheidende Wahlergebnis verfehlte knapp die Zweidrittelmehrheit, die Herrn Mandela freie Hand gegeben hätte, eine neue Verfassung zu schreiben, aber heute erklärte er, er sei froh über dieses knappe Verfehlen. ‚Ich fühle mich sehr erleichtert darüber, daß wir nicht die Zweidrittelmehrheit erreichten, denn es bauten sich schon Spannungen auf, daß wir unsere eigene Verfassung schreiben wollten‘, sagte er.“

Was Mandela jetzt Sorgen macht, ist die anstehende Konfrontation mit der schwarzen Arbeiterbewegung. Eine Auseinandersetzung zwischen dem ANC und seinen Gewerkschaftsverbänden brach offen zwei Wochen vor den Wahlen aus, nachdem die ANC-Führer Cyril Ramaphosa und Slovo zu einem Streikstopp aufgerufen hatten. Unter dem Druck seiner Mitglieder reagierte COSATU scharf und sagte, sie „würden prinzipiell keinen Aufruf zu einem allgemeinen Streikstopp unterstützen, nicht einmal für einen begrenzten Zeitraum“ (*Weekly Mail*, 15. April).

Zu den kontroversesten Verfassungsklauseln gehört eine, die das Streikrecht auf rein „ökonomische“ Fragen begrenzt, und eine andere, die das „Recht“ der Bosse fest schreibt, Arbeiter auszusperrn. Letzten November demonstrierten die schwarzen Gewerkschaften während der Verhandlungen über die „Machtteilung“ und bereiteten sich auf einen Generalstreik vor, um diese Klauseln aus der Verfassung zu katapultieren. Die Gewerkschafter wurden von Slovo und COSATU-Chef Sam Shilowa (auch SACP) unter Druck gesetzt, ihren Streik abzusagen, mit dem Versprechen, wenn sie ANC wählten, würde man mit einer Zweidrittelmehrheit sofort die Verfassung umschreiben.

Für eine bolschewistische Arbeiterpartei!

Das Verständnis, daß es in einem Land wie Südafrika nur möglich ist, die vielen unerfüllten revolutionär-demokratischen Aufgaben zu lösen, wenn das sozialistische Proletariat die Macht erobert, ist das Wesentliche an Trotzki's Theorie der permanenten Revolution. Dies zeigte Lenins bolschewistische Partei, als sie im Oktober 1917 den erfolgreichen Kampf für die Diktatur des Proletariats führte. Um für das Prinzip der proletarischen Opposition gegen alle kapitalistischen Parteien, einschließlich des ANC, zu kämpfen, gaben wir bei den Wahlen vom 26.–28. April *kritische Unterstützung* für die Workers List Party. Die WLP kandidierte auf einer „antikapitalistischen“ Plattform gegen den ANC und seine „Regierung der nationalen Einheit“ und rief zu einer Arbeitermassenpartei auf. Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 599 (29. April) schrieben:

„Die Frage der politischen Organisation des Proletariats, unabhängig vom und in Opposition zum nationalistischen ANC, ist heute für Südafrika eine strategische Schlüsselfrage. In dieser Hinsicht zieht die WLP tatsächlich eine grobe Klassenlinie, und eine Stimme für sie wird in Südafrika als eine Stimme für eine Arbeiterpartei statt für den ANC gesehen werden.“

Die WLP, initiiert von der Workers Organisation for Socialist Action (WOSA) von Neville Alexander, bot zwar keine marxistische revolutionäre Lösung, aber zumindest stand sie für die Notwendigkeit einer unabhängigen Partei der Arbeiterklasse.

Bei unserem Aufruf zur Wahl der WLP sagten wir gleich, daß ihr Manifest ein Einkaufszettel reformistischer Standardforderungen sei. Ein weiterer Hinweis auf diese Orientierung ist die Tatsache, daß sie Berichten zufolge das Wahlkampfgeld annahm, das die Regierung an die zur Wahl stehenden Parteien austeilte. Dies macht sie anfällig für finanziellen Druck des kapitalistischen Staates: Wer zahlt, hat das Sagen. Wir wiesen auch darauf hin, daß die WLP sich in ihrer Plattform an keiner Stelle in bezug auf

den ANC definiert, und sie betonte auch nicht die Notwendigkeit einer *sozialistischen Revolution* gegen das Neo-Apartheid-Regime.

Ohne ein revolutionäres Programm wird die Politik von WOSA/WLP unweigerlich darauf hinauslaufen, auf die ANC/NP-Regierung Druck auszuüben. Diese Perspektive einer reformistischen Politik des Druck-Ausübens wurde deutlich gemacht in einer Erklärung der WLP nach den Wahlen (abgedruckt in *Socialist Organiser*, 5. Mai), in der es heißt:

„Unsere erste Salve im Krieg gegen die Armut ist unsere Kampagne, das Recht auf Arbeit in jedweder neuen Verfassung verankert zu haben, so daß die Forderung nach Arbeit für alle per Gesetz durchsetzbar wird... Nur durch massiven Druck der Straße werden die parlamentarischen Vertreter der Wähler gezwungen werden, Reformen zuwege zu bringen, die für das Leben der Mehrheit einen Unterschied machen.“

Der Kampf für Arbeitsplätze ist tatsächlich eine Schlüsselforderung in Südafrika heute, wo 40 Prozent und mehr von der schwarzen Bevölkerung arbeitslos sind. Aber diese als eine Klausel in der Neo-Apartheid-Verfassung aufzustellen ist parlamentarischer Kretinismus. Nötig ist, in gemeinsamen und militanten Arbeitskämpfen die *Macht* der schwarzen Arbeiter zu mobilisieren, im Kampf, das Regime Mandela/De Klerk wegzufügen.

Der ANC, der tatsächlich das kapitalistische Südafrika seit der Einsetzung des Übergangsexekutivkomitees im letzten Dezember mitregiert, ist jetzt formal im Amt und verwaltet die Geschäfte der Bourgeoisie zusammen mit De Klerks National Party. Und die Massenorganisationen der schwarzen Arbeiter, der Gewerkschaftsverband COSATU und die SACP, sind in einer nationalistischen „Volksfront“ direkt mit dem bürgerlichen ANC verbunden. Inzwischen bleiben die Militärkräfte des Apartheid-Regimes, der Kern des kapitalistischen Staats, intakt und fügen einfach eine leichtbewaffnete und zahnlose „friedenserhaltende“ Truppe hinzu zur Bewachung der Townships.

Wenn auch mit dem enormen Unterschied, den in Südafrika die Rassenfrage ausmacht, erinnert diese zugespitzte Situation an die Erfahrung der linken Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende in Chile Anfang der 70er Jahre. Ähnlich wie die „Sonnenuntergangsklauseln“ in Südafrika, unterzeichnete Allende ein Statut von „Verfassungsgarantien“ und verpflichtete sich, die Armee nicht anzurühren. Inzwischen erzwang die UP „Gesetz und Ordnung“ des Kapitalismus, wobei sie Streiks und Landbesetzungen zu unterdrücken versuchte und nach und nach ihre Unterstützer in der Arbeiterklasse demoralisierte. Nach drei Jahren an der Macht richtete die Armee unter dem angeblich „verfassungstreuen“ General Pinochet ein Blutbad an, das Zehntausende von linken Arbeitern und Bauern tötete, und errichtete eine Militärdiktatur, die die Löhne in den Keller trieb und fast zwei Jahrzehnte lang an der Macht blieb. Pinochet selbst erfreut sich immer noch einer „Sonnenuntergangsklausel“, die es der gegenwärtigen „demokratischen“ Regierung verbietet, diesen Schlächter als Ober-



Der Spiegel

Slum in Soweto: ANC wird versprochene Jobs und Wohnungen nicht beschaffen, weil er sich verpflichtet hat, den Reichtum des weißen Kapitals zu schützen, der aus der Superausbeutung der schwarzen Arbeit herausgepreßt wird

befehlshaber der Streitkräfte abzusetzen.

Dreißig Millionen schwarze Südafrikaner überlebten nicht das Gefängnisleben in den Bergwerken, die „Hippo“-Schützenpanzerwagen, die durch die Townships donnerten, die Generationen von Demütigung, Folter und Exil, nur um einen „Machtteilungs“-Schwindel mit den sagenhaft reichen Randlords und den Johannesburger Börsenhäusern zu erzielen. Wo jetzt die Militäreinheiten des ANC sich in die südafrikanische Apartheid-Armee „integrieren“ und COSATU-Führer sich dem ANC/NP-Regime unterwerfen, werden sie gegen die Kämpfe ihrer eigenen Unterstützer eingesetzt werden.

Maßnahmen des neuen Regimes, Kämpfe der Schwarzen zu unterdrücken, werden rasch die ANC-Führung diskreditieren angesichts der Unruhen von militanten Teilen ihrer Basis. Andererseits könnten Versuche, den Forderungen der schwarzen Massen entgegenzukommen, dazu führen, daß Schlüsselsektoren der weißen herrschenden Klasse, die die grundlegende Kontrolle über Armee und Polizei behält, den ganzen „Machtteilungs“-handel fallenlassen, was das

Fortgesetzt auf Seite 18

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 43 94 00
Duisburg	T. Endrweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreif, Weddingstraße 6 13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

Südafrika: Pseudo-Opposition von Linken gegen ANC-Volksfront

Die kürzlichen Wahlen in Südafrika waren eine Feuerprobe für Marxisten. Unsere Opposition dagegen, den ANC zu wählen, beruhte auf unserer grundsätzlichen Opposition gegen diese *nationalistische Volksfront*. Eine Volksfront ist eine Konstruktion, die das Proletariat der Bourgeoisie unterordnet, mit Hilfe eines politischen Blocks zwischen reformistischen Arbeiterorganisationen und einem Teil der Kapitalistenklasse. Der ANC selbst ist eine „Volksfront in Gestalt einer Partei“; das heißt, er umfaßt bürgerliche Nationalisten ebenso wie die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) und die Führer des Gewerkschaftsverbandes COSATU.

Die zentrale Frage in Südafrika besteht darin, die nicht-weißen Werktätigen vom nationalistischen ANC wegzubrechen, der zu Unrecht den Anspruch erhebt, für die Emanzipation der Schwarzen einzutreten. Mit ihrem Wahlauftrag für den ANC – kleinbürgerliche Nationalisten, die sich zu schwarzen bürgerlichen Anwärtern auf die Macht entwickelt haben, während sie Mitherrscher des Neo-Apartheid-Kapitalismus wurden – riefen solche Organisationen wie die International Socialists of South Africa (mit der Sozialistischen Arbeitergruppe und der britischen SWP verbunden), die Marxist Workers Tendency (Vorab bzw. Militant) und Comrades for a Workers Government (angegliedert an die Workers International League) zur Wahl der neuen schwarzen Strohmannen für den rassistischen südafrikanischen Kapitalismus auf, die die Armee holen werden, um Streiks zu brechen und Revolten in den Townships niederzuschlagen. *Congress Militant* (September 1993) brachte sogar ein Interview mit dem „Genossen Enoch Nelani“, dem nationalen Vizepräsidenten der Polizei- und Gefängnis-Bürgerrechtsunion (Popcru), und forderte, daß diese Feinde des Kampfes der Arbeiter und Schwarzen im COSATU aufgenommen werden.

Bei den Wahlen in Südafrika gaben wir der Workers List

Party (WLP – siehe Artikel in dieser Ausgabe) kritische Unterstützung. Während wir ihr linksreformistisches Programm scharf kritisierten, bemerkten wir, daß ihre Kampagne mit ihrem Eintreten für den Aufbau einer Arbeiterpartei und mit ihrer Gegenkandidatur zum nationalistischen ANC grob die Klassenlinie zog. Es gibt international auch andere Organisationen der Linken – darunter in Britannien Workers Power, deren Anhänger in Deutschland gelegentlich die Zeitung *Arbeitermacht* herausgeben –, die behaupteten, auf der Grundlage des Klassenprinzips gegen eine Stimme für den ANC zu sein, und zur Wahl der WLP aufriefen sowie Militant und SWP wegen ihres Kniefalls vor dem ANC angriffen.

Auf den ersten Blick könnten diese Überlegungen ähnlich wie unsere eigenen aussehen. Doch es ist notwendig, das von diesen Organisationen aufgestellte Programm zu untersuchen. Als Leninisten treten wir für den Aufbau einer *revolutionären Arbeiterpartei* in Südafrika ein, im Gegensatz zu einer reformistischen südafrikanischen Version britischer Labour-Politik. Das bloße Eintreten für eine Arbeiterpartei, die getrennt vom ANC organisiert ist, bedeutet *an sich* noch nicht, die Klassenunabhängigkeit des Proletariats in Opposition zur Bourgeoisie zu verteidigen. So waren im Rahmen des früheren Rußlands die Menschewiki getrennt von den bürgerlichen Liberalen (Kadetten) und den Sozialrevolutionären (Partei der Bauernschaft) organisiert. Jedoch hielten die Menschewiki an einem „Etappenkonzept“ der Revolution fest (ähnlich dem, wofür die SACP in Südafrika eintritt). Die Menschewiki behaupteten zwar, für die „organisatorische Unabhängigkeit“ der Arbeiterklasse zu sein, überließen aber den Kampf um die politische Macht, gegen die zaristische Selbstherrschaft, den Liberalen. Schließlich führte diese Politik, der Bourgeoisie hinterherzukriechen, dazu, daß die Menschewiki 1917 in Kerenskis Provisorische (Volksfront-) Regierung eintraten. Die unversöhnliche Op-

Mandela/ANC...

Fortsetzung von Seite 17

Gespenst des Bürgerkriegs heraufbeschwört. Ein Wiederaufflammen eines ethnischen Großbrands, verschärft durch die Intervention der Apartheid-Armee, könnte ganze Regionen in blutige Schlachtfelder verwandeln. Was immer in Südafrika geschieht, eines ist sicher: Freiheit und Gleichheit für die schwarzafrikanischen, farbigen und indischen Werktätigen erfordert den Kampf für eine auf Schwarze gestützte Arbeiterrepublik unter der Führung einer rassistisch integrierten revolutionären Partei.

Eine bolschewistische Partei, die im Kampf für die Wiederschmiedung der trotzkistischen Vierten Internationale aufgebaut wird, ist notwendig für die südafrikanischen Massen wie für die Arbeiter aller Länder, damit sie eine erfolgreiche sozialistische Revolution durchführen. Eine solche Partei kann nur durch die Intervention eines marxistischen Kerns zustandekommen, der sich dafür einsetzt, alle Spuren des Apartheid-Kapitalismus hinwegzufegen, und sich der Sache des internationalen Sozialismus verpflichtet. Es kann erst Gerechtigkeit in Südafrika geben, wenn die nichtweiße Mehrheit die Macht hat in einem revolutionären Arbeiterstaat, der die Xhosa und Zulu, die Farbigen und Inder vereint, mit reichlich Platz und vollen demokratischen

Rechten für diejenigen Weißen, die sich dem Aufbau einer Gesellschaft anschließen, die auf wirklicher Gleichheit beruht.

Eine proletarische Revolution in dem industriellen Machtzentrum Südafrika wäre ein Leuchtfeuer für das ganze Afrika südlich der Sahara und würde dazu beitragen, den Kontinent von Hungersnot und Elend zu befreien, die vom Imperialismus aufgezwungen sind. Sie wäre eine Inspiration für die Hunderte Millionen – Schwarze, Asiaten, Lateinamerikaner – auf der ganzen Welt, die unter der Gewalttätigkeit und Erniedrigung durch die rassistische Arroganz der hochmütigen weißen herrschenden Klassen der westlichen Mächte leiden – ob in den Kolonien oder direkt in den imperialistischen Metropolen. Besonders Schwarze in den USA sehen in der Apartheid-Sklaverei den Spiegel ihrer eigenen Unterdrückung. Eine sozialistische Revolution in Südafrika ist nicht nur Angelegenheit der südafrikanischen Arbeiter – genauso wie die Russische Revolution von 1917 wäre sie die Sache der Arbeiter und unterdrückten Völker aller Länder.

Für eine Sozialistische Föderation des südlichen Afrika! Für eine südafrikanische trotzkistische Partei als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale! Diejenigen, die arbeiten, müssen herrschen!

Nach Workers Vanguard Nr. 600, 13. Mai

**COSATU-
Gewerkschaftstag
1991 unter dem
Banner des „So-
zialismus“. Heute
möchte der ANC für
die „Regierung der
nationalen Einheit“
schwarze Gewerk-
schaften dazu
bringen, Streiks
zu verhindern**



Shariff/Work in Progress

position der Bolschewiki gegen diese Volksfront war die notwendige Voraussetzung für den erfolgreichen proletarischen Aufstand im Oktober 1917.

Workers Power teilt überhaupt nicht die prinzipienfeste Feindschaft der Bolschewiki gegen Volksfrontpolitik, sondern tritt in Wirklichkeit für eine menschwistische Partei ein, die einfach ein Anhängsel des nationalistischen ANC wäre. Zwar ist das aufwendige Gebäude der Apartheid-Gesetze demontiert worden, doch die weiße herrschende Klasse bleibt weiterhin in ihrer stark befestigten Stellung. Die Emanzipation der Schwarzen und die anderen brennenden demokratischen Aufgaben können ohne eine proletarische Revolution nicht erreicht werden, wie Trotzki's Theorie der permanenten Revolution betont.

Workers Power begründet ihre Opposition zum ANC anscheinend mit einem Klassenstandpunkt: „Die Arbeiter brauchen nicht die Erfahrung, für eine Volksfront oder eine im Keim entstehende bürgerliche Partei zu stimmen. Eine Stimme für den ANC ist nur eine Stimme für Klassenzusammenarbeit, für die demokratische Konterrevolution.“

Workers Power gab der WLP widerwillig kritische Unterstützung, nachdem sie das zuerst abgelehnt hatte, angeblich aus dem Grund, daß die WLP keine Massenorganisation ist (was ändert sich dadurch?). Was noch grundlegender ist: Während WP nicht offen zur Wahl einer bürgerlichen Formation aufrufen will, sehnt sie sich danach, der Volksfront „kritische Unterstützung“ durch die Hintertür zu geben. So gibt WP zu verstehen, daß sie zur Wahl der proletarischen Bestandteile (SACP und COSATU) der Volksfront aufgerufen hätte, wenn der Wahlmechanismus dies zugelassen hätte: „Wäre es möglich gewesen, getrennt für die Organisationen und Kandidaten der Arbeiter innerhalb des ANC-Bündnisses zu stimmen, dann hätten Revolutionäre diese Kandidaten kritisch unterstützen sollen“ (*Workers Power*, April 1994). Genauso stellte ihre österreichische Gruppe in der Zeitung *ArbeiterInnenstandpunkt* (Nr. 59, April 1994) fest, sie würde unter diesen Bedingungen „für eine kritische Unterstützung von KandidatInnen der ArbeiterInnenorganisationen (SACP, COSATU) aufrufen“.

Zu argumentieren, es sei zulässig, für die Arbeiterorganisationen innerhalb einer Volksfront zu stimmen, heißt, aus Klassenunabhängigkeit eine Farce zu machen. Normalerweise verkörpern reformistische Arbeiterparteien eine Dualität: Sie behaupten, die Interessen ihrer proletarischen Basis zu vertreten, während sie mit ihrem bürgerlichen Programm in Wirklichkeit der Kapitalistenklasse dienen. Wenn jedoch

solche Parteien in eine Volksfront eintreten, wird diese Dualität formal und in der Praxis unterdrückt, denn die reformistischen Parteien führen dann eine Kampagne und versprechen, auf einer gemeinsamen Plattform innerhalb der rein kapitalistischen Grenzen zu regieren, die von ihren offen bürgerlichen Bündnispartnern festgelegt sind. Daher ist die elementare Voraussetzung dafür, die kritische Unterstützung einer Arbeiterorganisation zu erwägen, ihre Kandidatur unabhängig von der Bourgeoisie.

Als Trotzki der französischen Kommunistischen Partei 1922 kommunistische Taktiken darlegte, zu einer Zeit, als die Sozialdemokraten („Reformisten-Dissidenten“) in einem Block mit bürgerlichen Elementen waren, betonte er: „Wir sagen den Massen: ‚Weil die Dissidenten keine Revolution wollen, haben sie die Masse der Arbeiter gespalten. Es wäre Wahnsinn, damit zu rechnen, daß sie der proletarischen Revolution helfen würden. Aber wir sind bereit, innerhalb und außerhalb des Parlaments gewisse praktische Abmachungen mit ihnen einzugehen, vorausgesetzt, daß sie damit übereinstimmen, in den Fällen, wo man zwischen den bekannten Interessen der Bourgeoisie und den klaren Forderungen des Proletariats wählen muß, die letzteren in der Aktion zu unterstützen. Die Dissidenten können zu solchen Aktionen nur fähig sein, wenn sie ihre Verbindungen zu den Parteien der Bourgeoisie aufkündigen, das heißt zum „Linken Block“ und seiner bürgerlichen Disziplin.“

Trotzki bemerkte, daß in dem gegebenen Fall die Dissidenten „gezwungen sein werden, zu antworten, daß sie einen Block mit der Bourgeoisie vorziehen“, und betonte: „Eine solche Antwort wird bei den proletarischen Reserven, auf die sie zählen, nicht ungestraft durchgehen.“

Im Gegensatz dazu sagen Zentristen wie Workers Power zu den Arbeiterparteien der Volksfront: „Brecht mit der Bourgeoisie! Falls ihr das tut, werden wir euch unterstützen – und falls nicht, würden wir euch sowieso unterstützen, wenn uns die südafrikanischen Wahlgesetze nur unser kleines Spiel, für die Arbeiterparteien der Volksfront zu stimmen, machen ließen! Aber da sie das nicht tun, sitzen wir in der Klemme.“ Das ist keine Taktik, sondern eine Strategie, den reformistischen Klassenverrättern hinterherzukriechen. Diese brachte WP dazu, sogar zur Zeit des sozialliberalen Pakts unter Callaghan zur Wahl der Labour Party aufzurufen. Und in Frankreich stand sie bei den letzten Parlamentswahlen rechts von einem Großteil der Linken, als sie für die Wahl von Mitterrands Sozialistischer Partei eintrat,

Fortgesetzt auf Seite 20

ANC-Volksfront...

Fortsetzung von Seite 19

die ein Jahrzehnt lang der Kern einer rassistischen Volksfront des Kalten Krieges gewesen war, die kapitalistische Kahlschlagpolitik betrieb und seitdem von den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse gehaßt wurde. In Wirklichkeit will Workers Power überall ein Duplikat der Labour Party, auf daß sie ihr hinterherkriechen kann.

Das Argument, daß ein Wahlauf Ruf für die reformistischen Arbeiterparteien in einer Volksfront keine Unterstützung der Volksfront selbst darstelle, ist notwendigerweise falsch; besonders in Europa sind erfahrungsgemäß die reformistischen Arbeiterparteien genau das Mittel, mit dem die Arbeiterklasse zur Unterstützung der Volksfront geködert wird. Bei den meisten Volksfronten ist historisch der überwiegende Großteil der Stimmen an die reformistische Arbeiterkomponente gegangen. In Spanien sprach Trotzki von der bürgerlichen Komponente als dem „Schatten der Bourgeoisie“. In anderen Fällen sind falsche „Arbeiterparteien“ sogar erfunden worden, um eine Volksfront zu schaffen. Die amerikanischen Trotzkiisten lehnten es zu Recht ab, der amerikanischen Labor Party kritische Unterstützung zu geben, die von Gewerkschaftsbürokraten und bürgerlichen Demokraten ausdrücklich zu dem Zweck gegründet wurde, die Arbeiter 1936 zur Wahl des liberalen Franklin Roosevelt zu ködern.

Man sollte bemerken, daß die erklärte Position von Workers Power zu Südafrika, die Wahl offen bürgerlicher Formationen abzulehnen, nicht ganz mit ihrer Praxis anderswo übereinstimmt. Wenn dies ein „Prinzip“ ist, wie rechtfertigen sie es dann, daß sie regelmäßig zur Wahl der kleinbürgerlichen Nationalisten von Sinn Féin in Nordirland aufrufen? Es gibt keine grundsätzlichen *Klassenunterschiede* zwischen den *aufstrebenden* bürgerlichen Nationalisten von Sinn Féin und dem ANC. Es ist einfach so, daß der ANC die Gelegenheit hat, seine bürgerlichen Bestrebungen zu erreichen. Auf ähnliche Weise wurden die algerische FLN oder Mugabes ZANU/Patriotische Front in Zimbabwe, die als kleinbürgerlich-nationalistische Formationen entstanden waren, zu herrschenden bürgerlichen Parteien. Man kann zwar unter geeigneten Umständen einem militärischen Block mit kleinbürgerlichen Nationalisten gegen den Imperialismus beitreten, doch solchen Kräften Wahlunterstützung zu geben heißt, die Klassenlinie zu überqueren.

Die Revolutionary Internationalist League (RIL) hat eine Position *rechts* von Workers Power. Die RIL betont, daß der ANC eine Volksfront ist, und erhebt den Anspruch, für den Aufbau einer Arbeiterpartei zu sein. Doch im Grunde ist ihre Linie: „Mit den kämpferischsten Arbeitern und Jugendlichen durch diesen Kampf zu gehen bedeutet im allgemeinen, daß wir auch die ANC-Liste wählen würden (es gibt keine Wahlen nach Wahlkreisen), aber Trotzkiisten können dem ANC keine politische Unterstützung geben, und in Situationen, wo Teile der Arbeiter eine Stimme für eine alternative Liste (wie WOSA oder die Azanische Völkerorganisation [AZAPO]) als eine linke Herausforderung zum Verrat des ANC sehen, werden wir uns ihnen anschließen, trotz unserer Kritik an diesen Organisationen“ (*Revolutionary Fighter*, April/Mai 1994). Abgesehen von der Tatsache, daß die militanten Nationalisten der AZAPO zum Boykott der Wahlen aufriefen, und trotz des konfusen und ausweichenden Kauderwelschs dieser Erklärung bedeutet dies ihre Bereitschaft, dem ANC Wahlunterstützung zu geben. Die RIL sagt ausdrücklich *nirgendwo* in ihrem Artikel, daß es prinzipienlos ist, für bürgerliche Formationen zu stimmen.

Ernest Mandels Entzweites Sekretariat hat anscheinend einen schweren Fall von widersprüchlichen opportunisti-

schen Gelüsten. Vor der Entscheidung von WOSA im Februar, die Workers List aufzustellen, warb *International Viewpoint* für „die Idee, zur Wahl des ANC aufzurufen und gleichzeitig eine unabhängige Kampagne von demokratischen und sozialen Sofortforderungen zu führen“, d. h. eine falsche militante Plattform aufzustellen, um die Tatsache zu verbergen, daß sie für den bürgerlich-nationalistischen ANC stimmen würden. *Workers Power* (Mai 1994) berichtet, daß südafrikanische „Unterstützer des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale ... von WOSA absprangen und die Entscheidung, gegen den ANC anzutreten, verurteilten“. Doch die Ausgabe von *Socialist Outlook* vom 26. März druckte eine Erklärung von WOSA ab und darunter einen Spendenaufruf für WOSA. Der gleiche Aufruf erschien in der Aprilausgabe von *International Viewpoint*, mit dem skeptischen Kommentar: „Es bleibt abzuwarten, welche Herangehensweise die pädagogischste und konstruktivste gegenüber den Hunderten von politischen und Gewerkschaftsaktivisten ist, die Mitglieder des ANC und der SACP sind und in ihrer Mehrheit für die ANC-Liste stimmen werden.“ Die Zeitung *Rouge* (28. April und 5. Mai) von der französischen LCR bezieht keine Position zur Wahl und verliert auch kein einziges Sterbenswörtchen über die Workers List Party. Das gleiche bei *Socialist Outlook* (14. Mai), wo beiläufig erwähnt wird, „einige winzige linke Gruppen“ führten eine „Propagandakampagne, um die Menschen vor den Gefahren einer künftigen Regierung der nationalen Einheit zu warnen“. Eins ist klar: Für das Vereinigte Sekretariat gibt es keinen grundsätzlichen Einwand gegen den Klassenverrat, für die bürgerliche Volksfront zu stimmen.

Die Workers International in Südafrika, verbunden mit Cliff Slaughters WRP in Britannien, stellte Kandidaten in zwei Provinzen auf. Doch ihre unbestrittene Geschichte, mit reaktionären Kräften in der Region Blocks zu bilden, im Namen des „Kampfes gegen den Stalinismus“, macht es unmöglich, ihnen kritische Unterstützung zu geben. So beteiligten sie sich im November 1989 bei den Wahlen in Namibia an einem Wahlbündnis namens United Democratic Front (UDF), zu dem auch mehrere Bantustan-Parteien und Stammes-,häuptlinge“ gehörten, die Kollaborateure von Südafrikas Marionettenregierung in Namibia waren. Die UDF erhielt Geld von der Apartheid-Regierung. Mit dem Vorwurf, das zentrale Verbrechen von ANC/SWAPO sei es, daß sie stalinistische Gulags in die Steppe bringen wollten, veröffentlichten die Slaughter-Anhänger Desinformationen von den südafrikanischen Nachrichtendiensten, um ihre Gegner in den Dreck zu ziehen (was sogar die WRP in einem schwachen Leitartikel zugab: „We fall victim to ‚dirty tricks‘“ [Wir fielen „schmutzigen Tricks“ zum Opfer], *Workers Press*, 25. November 1989). Ihr aktuelles Wahlmanifest ist genauso voll von bössartiger Stalinphobie.

Das Proletariat muß sorgfältig seine politische Unabhängigkeit von der Bourgeoisie wahren, ob von der „progressiven“ Sorte wie Nelson Mandela oder von den eher widerlichen Typen, die von den Slaughter-Anhängern hofiert werden. Wie Trotzki hervorhob, „ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie* in dieser Epoche“. Volksfrontpolitik hat schreckliche Konsequenzen für die arbeitenden Massen. Die Unterstützung der Kuomintang durch Stalin und Bucharin führte zum blutigen Massaker an chinesischen Kommunisten; Allendes Version in Chile machte den Weg frei für Pinochets Putsch. Eine revolutionäre Perspektive in Südafrika – den Kapitalismus der Neo-Apartheid durch proletarische Revolution hinwegzufegen – erfordert die eisenharte Weigerung, der Volksfront entweder durch die Vordertür oder durch die Hintertür auch nur ein Jota an politischer Unterstützung zu geben.

Nach Workers Hammer Nr. 141, Mai/Juni 1994

Magdeburg...

Fortsetzung von Seite 24

nicht mehr Faschisten das bekamen, was sie verdienen. Was an der Polizei lag – die innerhalb von Minuten am Ort war, nicht um die Opfer der rassistischen Angriffe zu schützen, sondern um den Faschisten zu helfen. Darüber hinaus hielten Bullen eine Gruppe von Immigranten auf, die von einem Flüchtlingsheim im Stadtteil Cracau jenseits der Elbe kamen und ihren belagerten Heimmachern zu helfen versuchten, und entwaffneten sie.

Sechs Immigranten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden; ein Türke und der Algerier waren im Koma. Grotesk, daß im Krankenhaus die faschistischen Angreifer mit ihren Opfern zusammengelegt wurden: Als der Algerier aus seinem Koma erwachte, entdeckte er einen Nazi-Skinhead im nächsten Bett!

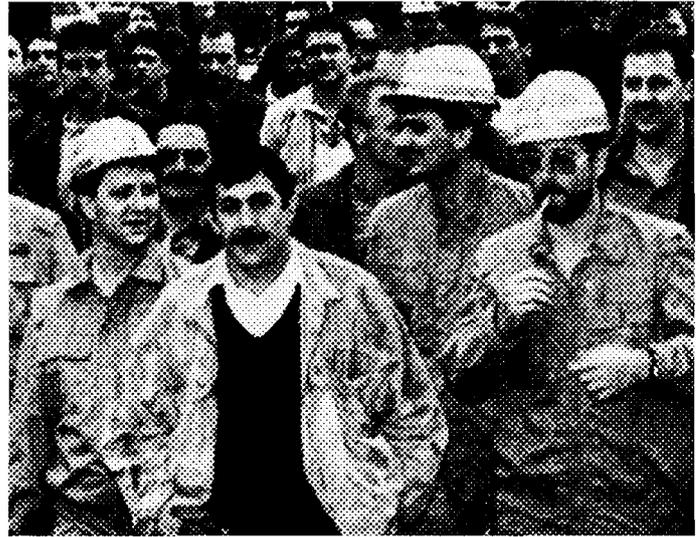
Wir Spartakisten kämpfen für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, die die Nazis kalt hätten stoppen können. Daß dies kein Wolkenkuckucksheim ist, wurde kürzlich in Berlin gezeigt, wo durch Ansätze von gewerkschaftlichen Aktionen am 20. April und 1. Mai faschistische Provokationen vereitelt wurden. Magdeburg ist eine Arbeiterstadt mit Metallbetrieben wie SKET (früher Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann), das in der DDR Zehntausende Arbeiter beschäftigte und wo immer noch Tausende arbeiten – der potentielle Kern einer entscheidenden Anti-Nazi-Mobilisierung. Aber die ostdeutsche Industrie wurde durch die kapitalistische Wiedervereinigung verwüstet. Die daraus folgende Massenarbeitslosigkeit und Zukunftslosigkeit der Jugend hat ein Klima der Verzweiflung geschaffen, von dem sich die Braunhemden nähren. Um den Faschismus zu bekämpfen, ist es notwendig, durch sozialistische Revolution den rassistischen Kapitalismus auszumerzen. Die SpAD ist bestrebt, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse an die Macht bringen kann.

Heute gibt es in Deutschland de facto eine Große Koalition von CDU und SPD, und es sind diese Biedermänner in Bonn, die den Terror des Nazi/Skinhead-Drecks angestiftet und belohnt haben. Die SPD fällt ihre „Petersberger Beschlüsse“, mit denen sie der Vernichtung des verfassungsmäßigen Asylrechts zustimmte, am Vorabend des Rostocker Pogroms August 1992, und die Bundestagsabstimmung im Mai 1993, die diesen rassistischen Konsens umsetzte, gab den faschistischen Morden in Solingen grünes Licht.

Jetzt kam bei dem Prozeß um den Solinger Brandmord sogar heraus, daß der V-Mann Bernd Schmitt für den Verfassungsschutz im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen die Solinger Brandmörder trainierte. Drei der vier Angeklagten gingen bei ihm „in die Schule“. Als Leiter der Solinger Kampfsportschule „Hak-Pao“ organisierte er auch Saalschutz für Faschisten und betrieb Spezialtraining „nur für Deutsche“.

Voran, MLPD, VSP: „Unsere Freunde, die Bullen“

Nach dem Verbot der „Nationalistischen Front“ sorgte dieser Verfassungsschutz-Mitarbeiter für den weiteren „organisatorischen Zusammenhalt“ der Nazi-Banden von FAP bis Wiking-Jugend. Soviel zur Potenz von Verbotsforderungen an den bürgerlichen Staat. Aber unverdrossen erklärt die erzreformistische MLPD in ihrem Flugblatt, das auf den Magdeburger Demos verteilt wurde, nun: „Das Verbot aller faschistischen Organisationen muß gegen die Regierung durchgesetzt werden!“ Die Nazis „dürfen hier noch legal arbeiten, ihre Versammlungen werden vom Staat geschützt“. Mit der Verbotsforderung gibt die MLPD vor, daß der bürgerliche Staat neutral sei.



Neue Ruhr-Zeitung/Oelker

Bergarbeiter-Protest im Ruhrgebiet. Mobilisierung der Arbeiterklasse – mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten – ist der Schlüssel, um Nazis zu stoppen

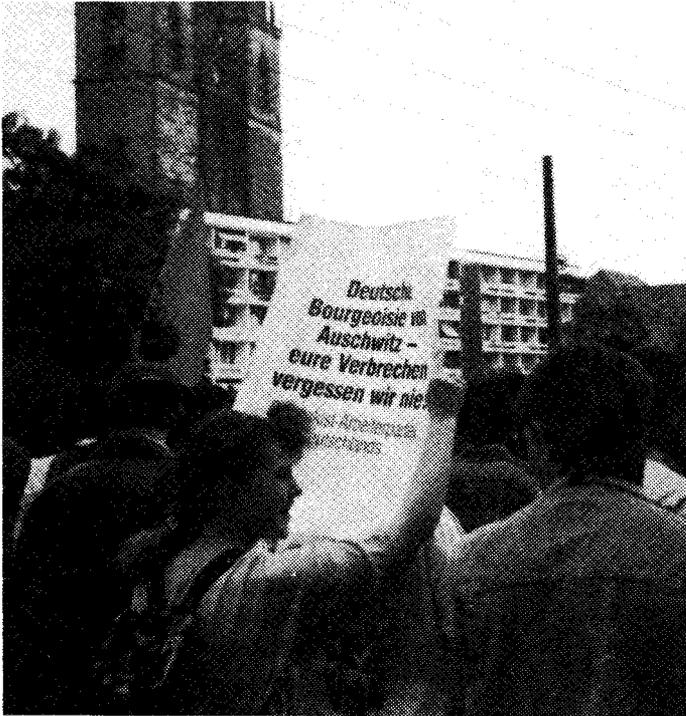
Seit Solingen geschehen rassistische Angriffe fast täglich, unter dem Schutz der Bullen oder sogar von ihnen unterstützt. Magdeburg ist hier nur das letzte und schreiendste Beispiel.

Es bedarf schon einiger Chuzpe, nach der Magdeburger Hatz auf Immigranten über Widersprüche bei Polizisten zu rasonieren. Aber Voran/JRE, die gerade an der Sozialistischen Alternative Voran bauen, stützen sich auf Positionen, wie sie in einer Broschüre ihrer französischen Schwesterorganisation direkt nach Magdeburg verteilt wurde. Unter der Überschrift „Unsere Freunde, die Bullen“ (so steht es da) erklären sie: „Wir behaupten, daß die Polizisten, genauso wie das Militär, Arbeiter in Uniform in einem marxistischen Sinne bleiben. Sie verkaufen ihre Arbeitskraft, und im Rahmen des Staats befinden sie sich in einem Widerspruch – gleichzeitig Arbeitskraft der Repression und der Ausgebeuteten zu sein.“ Und natürlich sollen „die Bullen, genauso wie das Militär, das Recht bekommen, sich in Gewerkschaften zu organisieren“.

Ebenso rührendes und gefährliches Vertrauen in die Bullen zeigt die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP). In der SoZ Nr. 11 (2. Juni) spulen sie ein ganzes Szenario ab, wie sich die Magdeburger Linke hätte verhalten müssen, nämlich Polizeischutz anfordern. Falls dies nichts nützt, „zum Schein eine linke Aktion anzukündigen, um dadurch die Polizei zu mobilisieren“. Aber die Bullen waren mobilisiert und da. Und die professionellen Streikbrecher im DGB, die Polizei, „gewerkschaft“, rechtfertigte sofort den Bulleneinsatz mit einer eigenen Erklärung.

Magdeburg ist die Stadt, in der vor zwei Jahren der Antifaschist Torsten Lamprecht von Nazi-Banden in dem Punk-Treffpunkt Elbterrassen ermordet wurde, während die Bullen zusahen. Diesmal berichtete ein Augenzeuge im ZDF, daß ein junger türkischer Kellner von den Bullen entwaffnet, zu Boden geworfen und festgehalten wurde, während Nazis ihn schlugen und traten. Nach dem Spiegel (16. Mai) hatten die Bullen bis 18.00 Uhr 13 Immigranten, aber lediglich zehn Deutsche festgenommen. Um 20.10 Uhr sahen Polizisten zu, als Faschisten einen Behinderten aus der vollbesetzten Straßenbahn warfen, ein Nazi-Schläger hinterhersprang und den am Boden liegenden mit Fußtritten traktierte. Im offiziellen Polizeibericht wird die Unterstützung der Bullen für die mörderischen Nazi-Banden beschrieben als der Schutz von „deutschen Personen“ gegen „bewaffnete Ausländer“.

Fortgesetzt auf Seite 22



Spartakist

1500 demonstrieren am 16. Mai in Magdeburg. Spartakisten fordern gewerkschaftliche Selbstverteidigung

Magdeburg...

Fortsetzung von Seite 21

Die Komplizenschaft der Magdeburger Behörden steht außer Frage. Der Angriff war keine Überraschung – er wurde von den Faschisten angekündigt, und die Polizei wußte vorher davon. Die Marietta-Bar ist bekannt als ein Treffpunkt von Linken, und die Nazis griffen sie bereits am „Herrentag“ des Vorjahres an. Afrikanische Flüchtlinge, die am 12. Mai dabei waren, sagten unseren Genossen, daß die Polizei zusah, als die Faschisten aus den Straßenbahnen stiegen, und sich nicht rührte, als sie an den Polizisten vorbei zum Angriff auf die Immigranten stürmten. Der Besitzer eines anderen Restaurants (der Kabarett-Klub „Kugelblitz“), das zertrümmert wurde, beschwerte sich, daß zwei Polizeiwagen direkt vor seiner Tür stoppten, die Bullen aber nichts taten, als rechte Mordbrenner die Scheiben einschlugen und das Personal angriffen. Schließlich bewegte sich die Polizei hinein und verhaftete 50 Deutsche. Nur wurden alle bis auf einen am gleichen Abend freigelassen (aus „Mangel an Beweisen“ – der letzte wurde aus anderen Gründen festgehalten)!

Nachdem dem öffentlichen Aufschrei nachgegeben wurde und für sieben der Nazis Haftbefehle ausgestellt wurden, versucht der Staat jetzt, Immigranten zu verfolgen, die „die Grenzen der Selbstverteidigung überschritten“ hätten. Der Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers erklärte: „Dies steht für mich jetzt im Vordergrund“. Der Polizeichef Stockmann verleugnete, daß die Angriffe von den Faschisten organisiert wurden, führte das Pogrom in grotesker Weise auf den Einfluß von „Alkohol und Sonnenschein“ zurück und verteidigte die sofortige Entlassung der Nazis, die festgenommen wurden. Forderungen nach der Entlassung Stockmanns und seines Chefs, Innen- und Justizminister Remmers, wurden zusammen erhoben mit Forderungen der Sozialdemokraten nach größeren Polizeibefugnissen und besserer Bewaffnung. Aber die SPD war in Rostock an der Macht, als die Polizei einen Pakt mit den Faschisten schloß, der ihnen freie Bahn für den Pogrom-Brand gegen vietnamesische Arbeiter gab, der die Welt erschütterte. Und heute gehört der Oberbürgermeister von Mag-

deburg auch zur SPD.

Wütende Jugendliche und Antifaschisten gingen in Magdeburg auf die Straße, um an den Tagen nach den Angriffen des rassistischen Mobs zu protestieren. Am Sonnabend, dem 14. Mai, kamen die meisten der 300 Demonstranten aus dem anarchistischen Berliner Autonomen-Milieu. Sie wurden von den eingewanderten Angegriffenen und Verteidigern begrüßt, die sich ihnen anschlossen. Am Montag gingen 1500 Demonstranten, hauptsächlich Jugendliche aus Magdeburger Schulen, gegen den faschistischen Terror auf die Straße. Die Demo wurde von der lokalen antifaschistischen Gruppierung „Bandiera Rossa“ organisiert, die in ihrem Flugblatt das Recht auf Selbstverteidigung von Immigranten forderte und zu „militanten Angriffen auf bekannte faschistische Schläger“ aufrief. Der Landesvorsitzende der ehemals stalinistischen, jetzt sozialdemokratischen PDS erklärte, daß sie nicht offiziell an der Demo teilnehmen konnten, da Wahlkampf ist! Die türkischen Maoisten der TKP/ML aus Berlin wie auch die SpAD hatten beachtliche Blöcke.

Die Teilnehmer der antifaschistischen Demo in Magdeburg vom Montag erhielten eine wichtige Lehre über den kapitalistischen Staat. Gegen Ende der Demo machten Demonstranten bekannte Faschisten mit Videokameras aus und jagten hinter ihnen her. Zwei Minuten später kamen sie zurückgerannt, verfolgt von Bullen in Kampfausrüstung und mit Wasserwerfern. Plötzlich, und aus allen Richtungen, strömten Bullen aus Straßenbahnen – genau wie die Faschisten vier Tage vorher – und kesselten die Demo ein. Einige Demonstranten richteten den beliebten autonomen Slogan „Wo wart ihr am Donnerstag?“ an die Bullen. Als die Sprechchöre abebbten, rief ein Spartakist-Anhänger einfach: „Am Donnerstag haben sie die Faschisten beschützt“. Nach einer Pause von wenigen Sekunden brüllten die Jugendlichen ihre Zustimmung.

Bei beiden Demos wurde uns der *Spartakist* von den jungen Demonstranten förmlich aus der Hand gerissen. Unsere Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für jeden, der hier lebt, wurde besonders von den Einwanderern geschätzt, die von den Faschisten angegriffen wurden. Es marschierten einzelne Gewerkschafter der IG Bergbau und Energie in der Demo. Wir Spartakisten riefen insbesondere die mächtige IG Metall sowie die ÖTV und HBV, die beide jeweils Streiks für die gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit in Ostdeutschland führten, dazu auf, Immigranten gegen Nazi- und Polizei-Terror zu verteidigen.

Berlin: Gewerkschafter und antifaschistische Jugendliche stoppen rassistische Provokationen

Wie in Rostock, so war auch der Weg nach Magdeburg vom Staat gebahnt. Jedes Jahr „feiern“ Nazis Hitlers Geburtstag am 20. April mit rassistischen Provokationen und Terror. Dieses Jahr entschied das Vierte Reich, diesen Tag zu seinem eigenen zu machen. Fußballspiele in Europa sind normalerweise Gelegenheiten für nationalistische Hysterie und rechte Gewalt; trotzdem wurde das Spiel England-Deutschland auf den 20. April angesetzt und in gerade das Stadion verlegt, das Hitler für die Berliner Olympiade von 1936 errichten ließ. Die Herrscher der neuen Hauptstadt des wiedervereinigten Reichs nahmen es auf sich, der Welt zu zeigen, daß deutsche Ordnung in Berlin herrscht, während sie den alliierten Streitkräften, die jetzt abziehen, „Tschuß (und auf Nimmerwiedersehen)“ sagen. Dies gab den Faschisten eine Plattform, die sie für einen Marsch auf den Reichstag nutzen wollten. Darüber hinaus planten die Nazi-Schläger von der FAP zum dritten Mal in drei Jahren mit einem Marsch am Maifeiertag eine Provokation gegen die Arbeiterbewegung.

Berlin, 20. April – Spartakist-Block bei Demo zur Verteidigung der verhafteten Antifa-Gençlik-Anhänger. Wir kämpfen dafür, Antifa-Jugendliche zur revolutionären proletarischen Perspektive zu gewinnen



Spartakist

In den Wochen vor dem 20. April gab es Bestrebungen in den Gewerkschaften, die Faschisten zu stoppen, auch durch Gewerkschaftspatrouillen zusammen mit antifaschistischen Jugendlichen gegen die Nazis. Zwar hat dies einen bescheidenen Rahmen, aber es zeigt die Möglichkeit von Massenaktionen der Arbeiter, und Spartakist-Unterstützer in den Gewerkschaften beteiligten sich an den Schutzwachen. Die DGB-Jugend veranstaltete eine zweiwöchige Reihe von antifaschistischen Treffen. Und am 20. April demonstrierten mehr als 3000 Immigranten und Linke gegen faschistischen Terror und in Verteidigung der türkischen, kurdischen und deutschen Anhänger von Antifaşist Gençlik. Fünf Anhänger dieser Gruppe sitzen hinter Gittern und sind angeklagt, ein unheilvolles Nazi-Treffen in einem Immigrantenviertel von Berlin zerschlagen zu haben, was zu dem Ableben eines dieser rassistischen Gangster führte.

Die Voran-Führung der JRE mobilisierte gegen die Demo, erzählte den JRE-Mitgliedern, sie sei „zu gefährlich“, und behauptete, sie wäre vom Staat verboten. Die Gruppe Spartakus, Unterstützer der sogenannten „Bolschewistischen Tendenz“, verurteilte die Antifa-Gençlik-Demo öffentlich als „sektiererisch“ (siehe auch *Spartakist* Nr. 112). Verteidigung von Immigranten ist nicht ihre Sache. Aber Zehntausende Jugendliche und Gewerkschafter sind zutiefst empört über die Flut von rassistischem Terror seit der Wiedervereinigung und suchen Wege, die Faschisten zu stoppen.

Und diesmal wurde nichts aus der direkten Provokation der FAP gegen die Arbeiterbewegung am 1. Mai. Unter dem Druck ihrer Mitgliedschaft riefen Gewerkschaftsfunktionäre vom linken Flügel der HBV, ÖTV und IG Metall den Berliner Senat auf, die Faschisten zu „verbieten“. An die gleichen Kräfte zu appellieren, die das obszöne, nationalistische Fußballspektakel am 20. April nach Berlin bringen wollten und deren Polizei die Nazis nicht nur unterstützt, sondern von ihnen durchgesetzt ist, ist nicht nur dumm, sondern gefährlich. Und diese Gewerkschaftsführer bekamen genügend Druck von der Basis, so daß sie eine Gegenmobilisierung androhten, ausgehend von der traditionellen, zentralen DGB-Kundgebung, falls der Senat nicht die faschistische Provokation verbieten würde.

Am Morgen des 1. Mai, nachdem der Ort der geplanten Nazi-Provokation bekanntgegeben wurde, agitierten Sparta-

kisten zusammen mit Anhängern der GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus auf der DGB-Kundgebung im Lustgarten für sofortige gewerkschaftliche Aktionen, um die Nazis dort zu stoppen, wo sie ihren Marsch angedroht hatten. Der ausgewählte Ort war kein Zufall.

Nur wenige Tage vor dem geplanten Aufmarsch der Nazis in Berlin-Johannisthal durften FAP-Nazis ungehindert an einem Polit-Frühstücken der PDS teilnehmen, wo sie „Assis in Knast und Ausländer raus“ (*Berliner Linke*, 22. April) fordern konnten. Die Methode der Nazis ist es, das Terrain zuerst zu sondieren, um dann, wenn sie – wie hier bei der PDS – auf einladende Diskussionsbereitschaft stoßen, beim nächsten Mal ihr Mordgewerbe auszuüben. Damit hat die PDS dem Abschaum die Straßen in Johannisthal für den 1. Mai erst freigemacht. Glücklicherweise wollten dagegen Antifaschisten in Gewerkschaften und unter den Jugendlichen die Nazi-Drohung zurückschlagen und nutzten auch die gewerkschaftlich organisierte Kundgebung am 1. Mai im Lustgarten.

Dort eilten unsere Genossen zusammen mit wütenden Gewerkschaftern und einigen Jusos zur Verteidigung von Anhängern der verbotenen PKK, als diese von der Polizei mißhandelt wurden. Während die faschistische Provokation von den DGB-Bürokraten auf dem Podium ignoriert wurde, setzten sich Dutzende Gewerkschaftsmitglieder und linke Jugendliche nach Berlin-Johannisthal in Bewegung. Eine Gruppe von Gewerkschaftern, darunter SpAD-Anhänger, ging direkt von der IG-Metall-Demonstration beim DGB-Sternmarsch, mit ihrem hohen Immigrantenteil, dorthin statt zum Lustgarten. Und angesichts eines kleinen, aber sehr gut sichtbaren Gewerkschaftskontingents in einer antifaschistischen Demo von einigen hundert in Johannisthal, überwiegend Jugendliche und Autonome, *ließen die Nazis sich nicht blicken*.

Um die Nazis zu stoppen, während sie noch schwach sind, müssen wir Arbeiter und Immigranten, zusammen mit allen potentiellen Opfern der Faschisten, zu Einheitsfrontaktionen mobilisieren. Die Partei, die für dieses Programm kämpft, auf der Grundlage der Erfahrung der Bolschewiki, die die Oktoberrevolution 1917 führten, ist die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) und ihre deutsche Sektion, die Spartakist-Arbeiterpartei. ■

SPARTAKIST

Nazis wüten in Magdeburg Immigranten kämpfen gegen faschistischen Terror

Türkische, arabische, algerische und afrikanische Immigranten und Arbeiter kämpften heroisch gegen Nazi-Angriffe am 12. Mai. Die Polizei half den Faschisten, entwaffnete die Immigranten



Fricke/AFP

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat eine Flut von rassistischem Terror des Staats und der Nazis ausgelöst, die seit fast vier Jahren unvermindert anhält. Die Faschisten haben verstärkt Himmelfahrt, weitverbreitet als „Herrentag“ gefeiert, als eine Gelegenheit für Angriffe auf Immigranten benutzt. Dieses Jahr verwandelten sie ihn in Magdeburg in eine brutale Hetzjagd auf Immigranten, die den Namen der Stadt der international berühmtesten Liste rassistischer Greuel hinzufügte, die das Vierte Reich symbolisiert: rassistische Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, Brandmorde in Mölln und Solingen, Brandanschlag auf eine Synagoge in Lübeck.

Diesmal geschah es nicht im Schutz der Nacht in einem Außenbezirk, sondern am Nachmittag des 12. Mai in der Magdeburger Innenstadt, der Hauptstadt von Sachsen-Anhalt. Eine riesige Bande von 150 oder mehr Nazi-Schlägern stürzte aus Straßenbahnen, griff in einem Park auf dem zentralen Platz Schwarzafrikaner an und jagte sie durch die

Stadt. Die Afrikaner flüchteten in die von Türken geführte Marietta-Bar. Die Faschisten warfen Bänke und Tische durch die Schaufensterscheiben und gingen mit Baseballschlägern und Messern auf die Immigranten los. Im Parkrestaurant wurde ein Algerier niedergeschlagen und mit Schlägern und Ketten bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Die Nazis führten ihre Angriffe bis tief in die Nacht.

Der Umstand, daß es nicht mehr Verletzte oder sogar Tote unter den Opfern der Faschisten gab, lag daran, daß die Immigranten zurückschlugen. Türkische und arabische Angestellte aus der Marietta-Bar und einer benachbarten Snackbar bewaffneten sich mit Küchenmessern, um die afrikanischen Flüchtlinge und sich selbst zu verteidigen, und schlugen entschieden die Nazis zurück, von denen vier im Krankenhaus landeten. Diese Ausübung des Grundrechts auf bewaffnete Selbstverteidigung durch Einwanderer aus verschiedenen Ländern war *heroisch*. Es ist schade, daß

Fortgesetzt auf Seite 21

**Berlin, 1. Mai: Gewerkschaften/Jugendliche
stoppen FAP/Bullenprovokation**